Stand: 15.12.2025 21:39:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8439

""Transitzonen" erläutern!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8439 vom 20.10.2015
2. Beschluss des Plenums 17/8485 vom 20.10.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 55 vom 20.10.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 20.10.2015 **Drucksache 17/8439**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

„Transitzonen“ erläutern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem zuständigen Ausschuss noch vor der Winterpause über ihre Vorstellung zur Begrenzung der zunehmenden Asylbewerber- und Flüchtlingszahlen durch „Transitzonen“ zu berichten.

Die Staatsregierung soll in ihrem Bericht alle von ihr geplanten, bayerischen Maßnahmen offen legen. Hierbei soll insbesondere dargelegt werden, in welchem zeitlichen Rahmen, an welchen Standorten und mit welchem Personal die Schnellverfahren durchgeführt werden sollen.

Begründung:

Die Staatsregierung hat angekündigt, an den Grenzen den Zustrom von Asylbewerbern und Flüchtlingen eindämmen zu wollen. Dazu sollen sog. Transitzonen geschaffen werden. Welche Maßnahmen darunter zu verstehen sind und in Bayern konkret umgesetzt werden sollen, bleibt bislang für die Öffentlichkeit unklar.

Die Staatsregierung soll daher ihre diesbezüglichen Pläne vollumfänglich im zuständigen Ausschuss darlegen. Insbesondere soll sie erläutern, mit welchem Personal sie diese Transitzonen einzurichten plant. Bereits jetzt arbeiten sowohl die Verwaltung als auch die Polizei an der Grenze ihrer Belastbarkeit. Die Staatsregierung soll darlegen, inwiefern durch solche Transitzonen hier eine Entlastung geschaffen werden kann.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 20.10.2015 **Drucksache** 17/**8485**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/**8439**

„Transitzonen“ erläutern!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem zuständigen Ausschuss noch vor der Winterpause über ihre Vorstellung zur Begrenzung der zunehmenden Asylbewerber- und Flüchtlingszahlen durch „Transitzonen“ zu berichten.

Die Staatsregierung soll in ihrem Bericht alle von ihr geplanten, bayerischen Maßnahmen offen legen. Hierbei soll insbesondere dargelegt werden, in welchem zeitlichen Rahmen, an welchen Standorten und mit welchem Personal die Schnellverfahren durchgeführt werden sollen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann
Abg. Eva Gottstein
Abg. Christine Kamm
Abg. Josef Zellmeier
Abg. Markus Rinderspacher
Staatsminister Joachim Herrmann
Ministerpräsident Horst Seehofer
Abg. Margarete Bause
Abg. Hubert Aiwanger
Abg. Thomas Kreuzer

Präsidentin Barbara Stamm: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)
"Transitzonen" als Lösung der Flüchtlingsfrage? - Konkrete Pläne auf den Tisch! (Drs. 17/8417)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
"Transitzonen" erläutern! (Drs. 17/8439)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rechtsstaatliche Verfahren für Geflüchtete statt sogenannter Transitzonen (Drs. 17/8440)

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Als Erstem erteile ich Herrn Kollegen Pfaffmann das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Widerspruch bei der CSU – Beifall bei der SPD)

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Es ist immer wieder interessant, wenn die Missfallensbekundungen schon abgegeben werden, bevor Sie überhaupt wissen, was gesagt wird.

(Inge Aures (SPD): Das ist typisch!)

Das ist der Beweis für eine sehr konstruktive Diskussion.

(Unruhe)

Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Flüchtlingsdebatte wird uns noch einige Jahre beschäftigen. Mit Sicherheit gibt es keine einfachen Lösungen. Weder die Transitzonen noch andere Vorschläge sind einfache Lösungen. Deswegen möchte ich eine Vorbemerkung machen, die mir wichtig ist. Neben dieser Diskussion und dem Ringen um die Bewältigung der Organisation zur Unterbringung der Menschen, die zu uns kommen, entwickelt sich in unserem Land eine dumpfe, ausländerfeindliche und hasserfüllte Lage. Rechte Brunnenvergifter sind wieder unterwegs, Asylbewerberheime brennen. Es wird zu Gewalt aufgerufen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei aller Schwierigkeit, die diese Diskussion um die Flüchtlingsfrage mit sich bringt, und allen Problemen im Einzelnen bin ich schon der Meinung, dass wir alle insgesamt – das möchte ich für meine Fraktion sagen – solchen Tendenzen mit aller Kraft und aller Vehemenz entgegentreten müssen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die wahre Herausforderung für die Demokratie sind nicht die Flüchtlinge, sondern solche Tendenzen in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zur Wahrheit gehört, dass man diesen rechten Tendenzen entgegentreten muss. Zur Wahrheit gehört, dass man kein Öl ins Feuer gießen darf. Zur Wahrheit gehört, dass man den Menschen keine Angst machen darf. Wer sich an dieser Angstmacherei beteiligt, der muss sich fragen lassen, ob er nicht auch dazu beiträgt, die Lage in unserem Land aufzuheizen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer wie der CSU-Minister Bausback die Existenz der Bundesrepublik Deutschland gefährdet sieht, macht den Menschen Angst, bietet aber keine Lösungen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wer wie der Landesfinanzminister Söder von einem Weltsozialamt spricht, macht den Leuten Angst, bietet aber keine Lösungen. Wer wie der CSU-Generalsekretär sagt, an den Grenzen stünden 60 Millionen Flüchtlinge und wir könnten nicht die ganze Welt retten, macht den Menschen Angst. Angst löst keine

Probleme. Deswegen würde ich diese Gelegenheit noch einmal dazu nutzen, dazu aufzurufen, einen Konsens über die Parteigrenzen hinweg herbeizuführen. Wir sollten keine Angst machen. Wir sollten kein Öl ins Feuer gießen. Stattdessen sollten wir versuchen, dieses Thema vernünftig zu regeln und die verschiedenen Meinungen gegenseitig zu akzeptieren. Herr Ministerpräsident, es ist keine Majestätsbeleidigung, wenn man zu dem einen oder anderen Vorschlag, den Sie als Lösung anbieten, Nein sagt, weil man seine Gründe hat. Das ist keine Majestätsbeleidigung.

(Beifall bei der SPD – Ministerpräsident Horst Seehofer: Das gilt allerdings auch gegenüber der Bundesregierung!)

Deswegen bitte ich angesichts der Lage dringend, doch etwas Druck aus dem Kessel zu nehmen.

Meine Damen und Herren, es gehört auch zu den Wahrheiten, dass man den Menschen keine falschen Lösungen vorgaukeln sollte.

(Beifall bei der SPD)

Man sollte bei den Menschen nicht die Hoffnung erwecken, man könnte mit der einen oder anderen Maßnahme, sei sie noch so begründet, die Lösung des Problems morgen präsentieren. Das ist eine Illusion. Man muss die Wahrheit sagen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Wahrheit gehört auch, dass man Maßnahmen nicht nur unter dem Gesichtspunkt anbieten darf: Man ist stark und handlungsfähig und wird diese Frage lösen können. Man muss auch den Gesichtspunkt anführen: Was ist überhaupt machbar in diesem Land? Wir sind nun einmal der Meinung, dass die Transitzonen, über die derzeit diskutiert wird, nicht machbar sind. Das will ich auch begründen. Wir verschließen uns garantiert nicht vor sinnvollen Lösungen – garantiert nicht. Es müssen jedoch Grundsätze gelten.Für uns gilt der Grundsatz, dass es in diesem Land keinen Angriff auf das Asylrecht geben darf. Von diesem Grundsatz wollen wir nicht abweichen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt einen zweiten Grundsatz: Der humanitäre und menschliche Umgang mit den Menschen, die zu uns kommen, muss bei allen Bemühungen und allen Lösungsansätzen, die wir bieten, im Vordergrund stehen. Und es gibt einen weiteren Grundsatz: Die rechtsstaatlichen Verfahren dürfen wir nicht verlassen, sonst geben wir in diesem Land ein Stück Demokratie auf. Das ist ein weiterer Grundsatz, unter dem bei uns über alle Lösungsansätze zu diskutieren ist.

(Beifall bei der SPD)

Angesichts genau dieser Grundsätze werfen die Transitzonen erhebliche Fragen auf. Einige davon will ich skizzieren.

Wie ist es mit der Höchstzahl in den angedachten Transitzonen? Wie viele Menschen wollen Sie denn dort unterbringen? Wie soll das gehen, wenn sich Verfahren verzögern, wenn täglich Tausende über die Grenze kommen? Wie viele sollen es sein? 5.000? 7.000? 10.000? Wo sind die Standorte? Sie haben Straubing, Feldkirchen und Erding ins Spiel gebracht. Wollen Sie den Menschen in dieser Region sagen, dass sie eine Transitzone bekommen, dass Sie aber nicht wissen, wie viele Menschen dort untergebracht werden? Vielleicht 10.000?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind keine Lösungsansätze, sondern das sind meines Erachtens starke Sprüche und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage Sie: Wohin wollen Sie denn die Menschen aus den Transitzonen abschieben? Ich frage Sie das vor allem vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs. Sie wissen doch, dass der Europäische Gerichtshof gerade eine Rückführung nach Griechenland kritisch bewertet, wenn nicht sogar aus Menschenrechtsgründen untersagt. Von dort aber kommen sehr viele. Was wollen Sie denn in den Transitzentren machen, wenn Sie die

Menschen nicht in Länder abschieben können, von denen die Gerichte sagen, dass Sie sie dorthin nicht abschieben dürfen? Bleiben die Menschen dann in den Transitzentren? Das ist doch eine völlig offene Frage. Das müssen Sie den Menschen vorher sagen, bevor Sie die Transitzentren als starke Lösung der Probleme anbieten.

Herr Ministerpräsident, auf welcher Rechtsgrundlage wollen Sie denn die Menschen in den Transitzentren festhalten? Sie werden sie in Gewahrsam nehmen. Auf welcher Rechtsgrundlage aber, und wie soll das organisiert werden? Werden die Menschen dort eingesperrt? Sind dort Zellen vorgesehen?

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das sage ich Ihnen heute alles noch!)

Was wollen Sie denn machen, wenn die Asylbewerber sagen, wir bleiben da nicht, wir gehen jetzt? Wir sind sehr gespannt darauf, wie Sie das beantworten.

Wie lange ist denn die Verweildauer in solchen Asylzentren? Man muss sich einmal vorstellen, dass es 4.000, 5.000 oder 6.000 Menschen sein können. Keiner weiß es.

(Markus Rinderspacher (SPD): 20.000! 30.000!)

- Vielleicht sind es kumuliert auch 20.000 oder 30.000. Keiner weiß es. Keiner hat eine Antwort darauf. Wollen Sie die alle verhaften? Wollen Sie sie einsperren? Was machen Sie, wenn die Asylbewerber sagen, nein, da bleiben wir nicht, wir gehen woanders hin? Wollen Sie dann das Recht außer Kraft setzen?

Fahren Sie die Flüchtlinge mit Bussen von der tschechischen, von der österreichischen Grenze oder von wo auch immer nach Straubing, weil da gerade ein Transitzentrum besteht? Gibt es etwa einen regen Busverkehr von den Grenzen nach Straubing, Feldkirchen oder Erding? Wie soll das sein? Die Alternative wäre, dass Sie doch einen Zaun bauen. Das ist auch schon angeklungen. Wollen Sie einen Zaun um die Transitzentren herum bauen? Glauben Sie wirklich, dass das die Lösung der Probleme ist?

Nein, Kolleginnen und Kollegen! Man sollte echte Lösungsansätze suchen, bevor man kraftmeierisch Handlungsfähigkeit signalisiert und bevor man, lieber Herr Kreuzer, in diesem Hause gegenseitige Beschimpfungen in den Raum wirft, bevor man nicht anerkennen will, dass sich jeder bemüht, nach seiner pragmatischen, inhaltlichen und empathischen Überzeugung Lösungen zu finden. Glauben Sie nur nicht, dass das anerkannt wird.

(Joachim Unterländer (CSU): Kritisieren Sie das bei den anderen auch?)

Wir brauchen im Gegensatz dazu eine Beschleunigung der Asylverfahren. Da sehe ich keine ausreichenden Aktivitäten. Wir brauchen Integrationsmaßnahmen. Die sind zu forcieren. Wo gibt es an den Schulen Integrations-, Übergangs- und Sprachlernklassen? Ich würde mich freuen, wenn Sie unsere Fragen beantworten können, damit wir von Ihren Argumenten überzeugt sind. Erst dann können wir gerne über Ihre Vorschläge diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Gottstein. Bitte schön, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Plenarsitzung vor einer Woche am 15. Oktober anlässlich der Regierungserklärung haben wir mehrmals den Begriff "Transitzonen" gehört. Staatsminister Herrmann hat davon gesprochen, dass die Einrichtung von Transitzonen zu keiner Mehrbelastung für die Polizei führen wird. Ministerpräsident Seehofer hat von "Transitzentren" gesprochen. – Die Bayerische Staatsregierung tritt nachdrücklich für die Schaffung von Transitzentren ein, so hat er gesagt. Herr Rinderspacher hat in seiner Antwort auf die Regierungserklärung zu Recht bemängelt, dass es keine näheren Ausführungen dazu gibt. Frau Bause sprach von "Haftanstalten", die "Transitzonen" genannt werden. Auch unser Fraktionsvorsit-

zender, Herr Aiwanger, bemängelte, dass nähere Ausführungen zu den Transitzonen fehlten.

Heute haben wir zu diesem Thema drei Dringlichkeitsanträge. Ich möchte kurz eine Vorbemerkung machen, die an alle gerichtet ist. Seien Sie bitte sensibel bei Ihrer Wortwahl. Ich habe es hier am Rednerpult schon vor einigen Wochen im Zusammenhang mit den Einrichtungen für Asylbewerber mit geringer Chance auf ein Bleiberecht in Manching und in Bamberg gesagt; Bamberg war damals noch nicht bekannt. Damals war sofort sehr pauschal von Abschiebelagern die Rede. Jetzt hören wir von Haftanstalten. In der Presse lesen wir den Vorwurf, es seien Internierungslager. Ich bitte herzlich und inständig darum, dass in unserem Land mit seiner Geschichte nicht unsensibel mit solchen Begriffen umgegangen wird, auch wenn der Zusammenhang jetzt sehr ernst und die Problematik sehr groß ist. Solche Begriffe sind unseres Volkes nicht würdig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir lehnen den Antrag der GRÜNEN schon deshalb ab, weil er bereits mit seiner Überschrift indiziert, dass Rechtsstaatlichkeit fehlt. Auch das finden wir nicht in Ordnung. Es heißt hier, "eine klare Absage zu erteilen und sich zu rechtsstaatlichen Asylverfahren zu bekennen". Im Umkehrschluss wird damit von vornherein unterstellt, dass die Rechtsstaatlichkeit nicht gegeben ist. Solange wir keine näheren Ausführungen zu den Transitzentren haben, gehen wir nicht von fehlender Rechtsstaatlichkeit aus; denn auch das wäre diesem Hause nicht angemessen. Deshalb lehnen wir diesen Antrag mit dieser Wortwahl ab.

Dann haben wir den Antrag der SPD. Dass Sie mit Ihrem ehemaligen Ministerpräsidentenkandidaten Ude einen sehr begabten Kabarettisten – das ist wirklich ganz ehrlich gemeint – in Ihren Reihen haben, ist bekannt und anerkannt. Dass das aber so ansteckend ist, dass es sich auf diesen Antrag auswirkt, war uns nicht bekannt.Sie

haben 18 detaillierte Fragen gestellt, die in zwei Wochen beantwortet werden sollen. Hier sollten Sie vielleicht einmal ein bisschen selbstkritisch sein.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die Staatsregierung will sie doch noch in diesem Jahr einführen!)

18 Detailfragen sollen in zwei Wochen beantwortet werden, wobei es sich bei einer Woche um die Allerheiligenferien handelt. Das ist einfach unrealistisch. Wenn Sie eine ernsthafte Beantwortung dieser Fragen wollen, dürfen Sie sie nicht so stellen. Hier handelt es sich überdies um extrem bürokratische Detailfragen, die mit der Wirklichkeit draußen nichts mehr zu tun haben. Sie wollen das i-Tüpfelchen erklärt haben. Das ist für uns keine seriöse Fragestellung. Sprechen Sie mit den Bürgermeistern und den Landräten draußen: In der jetzigen Situation sind diese Fragen überhaupt nicht zu beantworten. Das ist unrealistisch und praxisfremd.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Aber einführen kann man sie schon!)

Die Frage 3 und die Fragen ab der Frage 12 betreffen Punkte, bei denen ich Ihnen sagen muss: Fragen Sie bitte den Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, der, glaube ich, von Ihrer Partei gestellt wird. Ihm sollten Sie diese Fragen stellen, nicht der Bayerischen Staatsregierung. Diese Fragen kann die Staatsregierung, ohne sie in Schutz nehmen zu wollen, nicht selber beantworten.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die Staatsregierung schlägt das Konzept vor! Also muss sie die Fragen beantworten! Das ist kein Vorschlag des Außenministers, sondern ein Vorschlag der Staatsregierung! Also fragen wir die Staatsregierung!)

Wir haben einen eigenen Dringlichkeitsantrag gestellt. Wir alle wissen – da nehme ich niemanden aus -, wie ernst die Situation ist. Machen wir uns doch nicht gegenseitig etwas vor: Wir alle suchen verzweifelt nach praktikablen Lösungen, die einerseits der Situation der Flüchtlinge, andererseits aber auch der Situation der Kommunen, der

Polizei, der vielen Ehrenamtlichen und der Bürger, gerecht werden. Wir müssen nach solchen Lösungen suchen. Deshalb stellen natürlich auch wir ganz konkret die Frage, was es mit diesen Transitzonen auf sich hat. Wir stellen diese Fragen aber nicht im Detail, weil wir nicht glauben, dass deren Beantwortung dann noch realistisch ist. Wir glauben sogar, dass Sie Ihre Fragen so gestellt haben, dass herauskommen muss, dass das Konzept mit den Transitzonen nicht geht.

Wir wollen diese Frage ergebnisoffen diskutieren. Wir wollen tatsächlich wissen, ob es sich dabei nur um eine Worthülse handelt bzw. was konkret dahintersteckt. Die Frage lautet: Wo, wann und wie? Diese Frage geht an die Reihen der Kolleginnen und Kollegen der CSU. Wenn Sie diese Frage nicht beantworten wollen, nicht beantworten können oder beides, dann tun Sie draußen nicht so, als ob das eine Lösung wäre. Wir warten auf eine ehrliche und konkrete Antwort ohne Kinkerlitzchen-Details.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sie wollen es also gar nicht wissen!)

Wir sind sicher, dass wir diese Antwort bekommen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sie wollen etwas wissen, aber nicht zu viel!)

- Wir wollen nichts Unvernünftiges wissen, Herr Kollege Pfaffmann. Sie haben gesagt, Sie wollten Lösungen. Bieten Sie doch einmal eine konkrete Lösung an. Von Ihnen haben wir dazu die ganze Zeit noch nichts gehört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Deswegen richte ich an alle drei Fraktionen dieses Hauses den Appell: Tun Sie bitte nicht so, als ob dieses Thema in Bayern entschieden und gelöst werde. Es schlägt hier ganz konkret auf. Neulich wurde ich von Herrn Kollegen Ländner gerügt, dass ich die Polizei und die Ehrenamtlichen zu wenig loben würde. Deshalb möchte ich das an dieser Stelle tun. Ich möchte ausdrücklich die Maßnahmen, die das Bayerische Kabinett beschlossen hat, von meiner Kritik ausnehmen.

Ansonsten sage ich allen: Sie sind Teil der Bundesregierung, egal ob Sie bei der CSU oder bei der SPD sind. Dieses Problem muss auf Bundesebene mit den anderen Bundesländern und mit Europa gelöst werden. Wir können den Großteil dieses Problems nicht hier in Bayern lösen. Die GRÜNEN sind im Bundesrat mit Mehrheiten dabei. Manchmal kriege ich die Krise, wenn ich sehe, wie Herr Kretschmann unterstützt wird oder nicht. Das ist ein ewiges Hin und Her, das draußen nicht zu vermitteln ist. Sie sind in der Verantwortung. Machen Sie bitte zunächst auf Bundesebene Ihre Hausaufgaben, in finanzieller und in technischer Hinsicht.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Dazu brauchen wir keinen Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER!)

- Wir haben eben keine anderen Möglichkeiten. Deshalb nehmen wir diese Möglichkeit hier wahr. Deswegen erinnern wir Sie. Häufig werden nur Wortspiele und gegenseitige Vorwürfe geboten. Wir warten auf die Taten. In diesem Sinne bitten wir Sie um Ihre Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. Wir wollen konkret wissen, was man sich unter diesem Lösungsansatz eventuell vorzustellen hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Markus Rinderspacher (SPD): Nicht eventuell, sondern ganz konkret!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Kamm. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der SPD zeigt zu Recht die vielen offenen Fragen auf und weist auf die teilweise unlösbaren Probleme hin, die durch diese angedachten Transitzonen entstehen würden. Liebe Frau Kollegin Gottstein, hier geht es nicht um i-Tüpfelchen. Wir brauchen nicht nur eine Antwort auf die Frage, wer wo wie viele Transitzonen errichtet. Wenn die Staatsregierung diese Transitzonen errichten will, müssen alle Fragen geklärt werden. Wer diese Transitzonen tatsächlich als Lö-

sung der Probleme verkaufen will, wie das beispielsweise der Herr Ministerpräsident tut, müsste innerhalb von 14 Tagen diese Fragen beantworten können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, "Jeder weiß: Transitzonen sind nicht realisierbar". So urteilt Ursula Münch, die Direktorin der Politischen Akademie in Tutzing. Sie sagt weiter: "Bald werden wir alle feststellen, dass es mit diesen Transitzonen nicht hinhaut … es würde die Wahrnehmung der Bevölkerung, dass die Regierung nicht in der Lage ist, das Problem in den Griff zu bekommen, verstärken." Das ist die Gefahr, die durch diese Diktion entsteht. Wir sagen: Gerade jetzt und in dieser Lage müssen wir die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Gerade jetzt müssen wir alles tun, um die anstehenden Aufgaben durch sachgerechtes Handeln zu lösen. Wir stehen für einen handlungsfähigen Staat und nicht für einen Staat, der mit Nebelkerzen um sich wirft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir stehen für Lösungen statt für Scheinlösungen. Die Liste Ihrer Scheinlösungen ist schon lange genug. Kürzlich gab es eine Debatte über Rote Linien – fast keiner kann sich mehr daran erinnern. Herr Ministerpräsident, Sie sagten damals, Ihre Rote Linie sei besonders rot. Jetzt werden die Transitzonen als Ihre Lösung vorgestellt. Diese Transitzonen gehen stets mit Versprechungen von Ihnen einher, wie: Flüchtlinge können an der Grenze gestoppt werden; der Zulauf kann effektiv begrenzt werden; die Zahl der Flüchtlinge kann gesenkt werden. Ich sage Ihnen: Mit Rechtsstaatlichkeit ist das nicht möglich. Tun Sie bitte nicht so, als ob das so ginge.

Wir können nicht länger die Augen davor verschließen, dass Menschen in Ländern nicht weit von hier in existenzieller Not sind. Wir können unsere Augen nicht davor verschließen, dass die Fluchtursachen durch den Klimawandel, durch Überschwemmungen, durch Dürre, durch Bürgerkriege, durch Stellvertreterkriege, durch den Waffenhandel und durch eine exportorientierte Landwirtschaftspolitik, die den Menschen

seiner Existenzgrundlagen beraubt, zunehmen. Wir müssen diese Fluchtursachen angehen. Dass die Zahl dieser Fluchtursachen wächst, macht Angst, nicht nur in den Fluchtländern, sondern auch hier.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dieser Situation ist das Werfen mit Nebelkerzen ein ganz gefährliches Spiel mit den Sorgen von Teilen der Bevölkerung; denn bald wird es ja klar sein, dass die Transitzonen keine Probleme lösen werden.

Wir fordern Sie auf: Lösen Sie die Probleme! Machen Sie Ihre Hausaufgaben! Beschleunigen Sie die Asylverfahren! Sorgen Sie schneller für die Möglichkeit, dass Asylsuchende einen Antrag stellen können – das dauert derzeit Monate -, dass sie Anhörungstermine bekommen – das dauert oft Jahre - und dass sachgerechte Erstaufnahmeeinrichtungen zu schnellen Verfahren beitragen!

Ich fasse zusammen: Transitzonen, die Flüchtlinge an der Einreise hindern sollen, von denen aus Flüchtlinge schnell abgeschoben werden sollen und in denen Flüchtlingen keine rechtsstaatlichen Verfahren gewährt werden, sind mit unseren Werten und unserem Rechtsstaat nicht vereinbar. Solche Transitzonen lehnen wir ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat der Kollege Zellmeier das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Josef Zellmeier (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CSU ist unbestritten hier in Bayern und in Deutschland der Taktgeber bei Lösungsansätzen in der Flüchtlingskrise. Sie sollten die vielen Schreiben und E-Mails sehen und die vielen Anrufe hören, die wir zu diesem Thema bekommen; Sie sollten mitbekommen, wie wir auf Veranstaltungen angesprochen werden. Viele Menschen setzen ihre Hoffnung – manche sagen, ihre letzte Hoffnung – auf die Politik der CSU und der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh!)

Wir bringen sinnvolle und auch wirkungsvolle Lösungsvorschläge ein. SPD und GRÜNE – ich bedauere, das sagen zu müssen – haben bisher nicht einen einzigen vernünftigen Vorschlag und keine einzige vernünftige Idee eingebracht, damit wir die dramatische Entwicklung, die wir zurzeit erleben, bremsen, stoppen und wieder in vernünftige Kanäle führen können.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Was hören wir? - Kritik an der CSU; Zweifel, dass Maßnahmen wirken; Verzögern, Labern, Nichts-Beitragen, Hinhalten der Menschen, Schönreden. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch Ihre Wähler – davon bin ich überzeugt, und das besagen auch die Umfragen – wollen geordnete Verhältnisse im Land; sie wollen eine Zuwanderung, die gesteuert, in der Größenordnung überschaubar und für unser Land verkraftbar ist.

Seien Sie deshalb vernünftig und gehen Sie bei unseren Vorschlägen mit; denn je länger es dauert, bis sie umgesetzt werden, umso geringer ist natürlich ihre Wirkung. Je höher die Flüchtlingszahlen sind, umso schwieriger ist es, die Situation in den Griff zu bekommen.

Wir alle lehnen natürlich rechtsextreme Äußerungen und Anschläge auf Asylbewerbereinrichtungen ab. Kollege Pfaffmann hat es gesagt; das ist ganz klar. Darüber sind wir uns im Hause Gott sei Dank alle einig. Wer allerdings Probleme nicht löst, wer Probleme nicht zu Ende denkt und wer nur beschönigt, der trägt dazu bei, dass die Menschen immer mehr Angst bekommen und radikalen Rattenfängern in die Arme laufen. Das ist genau das Problem: Die Menschen sind nicht mehr überzeugt, dass der Staat bei uns handlungsfähig ist, wenn die großen demokratischen Parteien keine Lösungen mehr anbieten, sondern sie nur hinhalten.

Deutschland ist Gott sei Dank eine stabile Demokratie. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Dazu zählen natürlich die Erfahrungen aus der Geschichte, dazu zählen aber

auch die Tatsachen, dass wir in Sicherheit und Wohlstand leben und dass die demokratischen Parteien immer wieder bewiesen haben, dass sie Probleme lösen können, auf diese oder jene Weise. In der Geschichte der Bundesrepublik gab es ja nicht immer eine Regierung der Union; auch die SPD war etwa ein Drittel dieser Zeit die Kanzlerpartei. Auch wenn wir nicht immer einer Meinung waren, so wurden doch Probleme gelöst, sehr oft einvernehmlich.

Daran fehlt es zurzeit; denn gemeinsame Lösungen sind nicht erkennbar. Das Vertrauen der Bürger schwindet deshalb jeden Tag mehr. Wenn die Menschen nicht mehr darauf vertrauen können, dass der Staat seine Aufgaben erfüllt, dann verlieren sie auch das Vertrauen in die Demokratie. Das ist unsere große Befürchtung. Deshalb kämpfen wir mit allen Mitteln dafür, dass wir das Problem in den Griff bekommen und dass die Menschen wissen, dass sie in unserem Staat gut aufgehoben sind, die innere Sicherheit gewährleistet ist, die Versorgung der Flüchtlinge gewährleistet ist, aber auch eine Überforderung der Menschen unterbunden wird, indem wir die Zahl der Flüchtlinge nicht in unendliche Größenordnungen steigen lassen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN, ich spreche Sie an; denn Ihre Parteifreunde haben im Bundesrat und im Bundestag mitentscheidende Stimmen, mit denen sich Lösungen im Sinne einer wirkungsvollen Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung herbeiführen lassen.

In meinem Stimmkreis befindet sich die Kaserne Mitterharthausen, Gemeinde Feldkirchen. Herr Kollege Pfaffmann hat sie schon erwähnt. Dort wurde ein Warteraum für 5.000 Flüchtlinge eingerichtet. Die Gemeinde hat etwa 2.100 bis 2.200 Einwohner. Sie können sich vorstellen, wie dort geredet wird und welche Befürchtungen es dort gibt. Die Befürchtungen sind natürlich berechtigt, wenn sich in der Kaserne doppelt so viele Flüchtlinge aufhalten wie Einheimische im Ort leben. Die Menschen sind skeptisch. Sie sehen, was sich dort tut. Sie sehen, dass tagsüber oder nächtens 20 Busse ankommen und Tausend Flüchtlinge bringen. Sie sehen, dass mehrere Hundert die Einrichtung verlassen, größtenteils ohne Registrierung, manche auch mit Registrierung;

dass es kleine Völkerwanderungen zum Bahnhof nach Straubing gibt; dass in einigen Fällen auch das Taxi eingesetzt wird zu weiteren Fahrten. Da fragen sich die Menschen zu Recht: Setzt sich die Gruppe der Flüchtlinge noch so zusammen wie im vergangenen Jahr?

Natürlich kommen sehr viele aus unmittelbarer Not. Aber es gibt auch sehr viele, die sagen, wenn sie ein Zeltlager sehen: Nein, danke, da will ich nicht rein, da weiß ich etwas Besseres. – Dann verschwinden sie. Das ist Tatsache. Das wird von den Helfern, vom Sicherheitspersonal und von der Bürgermeisterin bestätigt. Alle, die dort waren, können mit eigenen Augen sehen, dass es so abläuft. Wenn zwischen 20 und 40 % mehr oder weniger spurlos verschwinden, fragt man sich zu Recht: Ist die innere Sicherheit in unserem Land noch gewährleistet?

Als diese Situation vor zwei Wochen eingesetzt hat, hat mich der Oberbürgermeister Pannermayr aus Straubing angerufen und gesagt: Bitte kümmert euch darum, dass wir mehr Polizei in Straubing bekommen. - Laufend gehen Beschwerden von Nutzern der Deutschen Bahn ein, die vorbringen: Der Bahnhof in Straubing ist völlig überfüllt; man fühlt sich nicht mehr sicher.

Da fragt sich natürlich so mancher: Wieso gibt es denn Grenzkontrollen, wenn hernach keine Konsequenz daraus folgt; wenn sich die Polizei als Transportunternehmen zum Warteraum betätigt und man dann zusieht, wie die Flüchtlinge verschwinden? Das geschieht erstaunlicherweise, ohne dass sie Hilfe in Anspruch nehmen. Wer sich nicht registrieren lässt, bekommt keine Unterkunft, keine Verpflegung und keine finanziellen Leistungen. Da fragen sich viele: Warum passiert das; warum sind manche Flüchtlinge nicht bereit, Hilfe anzunehmen? Wie erwähnt, liegt der Anteil derer, die sofort oder am Tag nach der Aufnahme verschwinden, bei 20 bis 40 %.

Deshalb drängt sich die Vermutung auf, dass Zigtausende Illegale sich im Land bewegen und der Staat den Überblick verloren hat. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht lustig, das freut uns nicht, und ich hoffe, auch Sie

nicht. Ich bitte Sie eindringlich: Reden Sie auf Ihre Kollegen im Deutschen Bundestag und auch in den anderen Landesparlamenten ein, dass wir gemeinsam zu Lösungen finden. Die CSU hat viele Vorschläge gemacht. Die Vorschläge wären wirkungsvoll, wenn sie nur stringent umgesetzt würden.

Sie alle kennen die drei Elemente, anhand deren sich der Nationalstaat definiert: Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt. Momentan ist das Staatsgebiet ungeschützt; die Staatsgewalt erscheint machtlos; und das Staatsvolk verzweifelt. Das ist die derzeitige Situation; ich muss es so hart ausdrücken. Deshalb verstehe ich nicht, warum Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, einen solchen Fragenkatalog auflegen, der sich mehr wie ein Zweifelskatalog liest. Er enthält 18 Fragen, die natürlich nur in Kooperation mit dem Bund beantwortet werden können. Ich kann nicht nachvollziehen, warum Sie nicht die Haltung einnehmen: Lasst es uns doch einmal ausprobieren, lasst uns eine Lösung durchdenken, und lasst sie uns auch verwirklichen, statt nur Vorschläge totzureden und kaputtzureden. Unser Land braucht geordnete Zustände, und zwar nicht nur für die Menschen, die hier schon länger leben, sondern auch für die Flüchtlinge. Auch die Flüchtlinge erwarten zu Recht ein geordnetes Staatswesen, in dem sie gut untergebracht sind und integriert werden – allerdings nur, soweit sie ein Bleiberecht haben.

Deshalb brauchen wir schnell klare Verhältnisse. Daran werden wir konsequent arbeiten; darauf können Sie sich verlassen. Wir werden immer wieder, solange Sie nicht mitgehen, Druck auf Sie ausüben; denn man kann nicht einfach nur sagen: Ja, wir wissen, das ist ein Problem, aber wir können es nicht lösen. – Arbeiten wir bitte gemeinsam daran! So appelliere ich an Sie im Sinne der Menschen in diesem Land wie auch im Sinne der vielen Flüchtlinge, die zu uns kommen und zu Recht geordnete Verhältnisse erwarten.

In Straubing gibt es Arabisch-Dolmetscher, die dort schon sehr lange leben und verschiedene Berufe ausüben. Sie sprechen mich an und sagen: Du bist unser Abgeordneter, wir sind selbst einmal als Flüchtlinge gekommen. Ich denke an einen Palästi-

nenser, der Gastwirt ist und dolmetscht. Er sagt ganz klar: Das, was wir hier beobachten, hat nichts mit geordneten Verhältnissen zu tun. Das sagen Migranten, die selbst Flüchtlinge waren: Bitte sorgt dafür, dass hier in Deutschland wieder geordnete Verhältnisse eintreten. – Dafür steht die CSU, und dafür werden wir alles tun.

Wir werden den Antrag der GRÜNEN wegen der Gesamttendenz natürlich ablehnen. Er sagt nur aus, Sie wollen das nicht. Den Antrag der SPD lehnen wir ab, weil wir darin mehr Zweifel als Fragen sehen. Wir werden dem Antrag der FREIEN WÄHLER zustimmen. Ein Bericht im Innenausschuss ist angebracht. Unser Innenminister, der an den Vorschlägen arbeitet, die er dem Bund darbieten will, wird dazu natürlich Bericht erstatten und dann mit uns reden.

Bitte tragen Sie unsere Vorschläge mit im Sinne unseres Landes, im Sinne des Freistaates Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Herr Kollege Rinderspacher, bitte.

Markus Rinderspacher (SPD): Lieber Herr Kollege Zellmeier, zunächst möchte ich mein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, dass Sie Berichtsanträge aus dem Hohen Hause ablehnen. Hier im Parlament ist es doch eigentlich Usus, dass Berichtsanträgen zugestimmt wird.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und den GRÜNEN)

Gerade in einer so wichtigen Sachfrage – die CSU hat sich nun sehr weit aus dem Fenster gelehnt – sollte es innerhalb kürzester Zeit möglich sein, die wirklich wichtigen Fragen zu beantworten. Aber vielleicht nutzen wir im Zwiegespräch die Gelegenheit, den großkoalitionären Doppelpass zu spielen; wir wollten Ihnen heute in großer Ernsthaftigkeit die Gelegenheit geben, das nachzuholen, was in der Regierungserklärung letzte Woche eben leider nicht erklärt wurde: Was stellen Sie sich überhaupt unter die-

sen Transitzonen vor? – Herr Innenminister Herrmann hat eine Pressekonferenz gegeben und gesagt, es solle gleich mal zwei Zentren geben, in Straubing und in Erding, für jeweils 5.000 Flüchtlinge.

Ihr Fraktionsvorsitzender hat uns in großer Aufregung erst letzte Woche mitgeteilt, dass innerhalb kurzer Zeit über 240.000 Flüchtlinge über die bayerische Grenze gekommen sind. Wenn ich jetzt nachrechne – 5.000 in Erding, 5.000 in Straubing, 240.000 sind gekommen –, was machen Sie denn mit den 230.000 restlichen Flüchtlingen, die über die Grenze gekommen sind?

(Unruhe)

Diese Frage drängt sich so sehr auf, dass sie beantwortet werden muss.

(Zuruf von der CSU: Königsteiner Schlüssel!)

- Der Königsteiner Schlüssel greift in dem Fall eben nicht mehr, weil es sich um eine Grenzfrage handelt. Herr Kreuzer hat betont, in dem Augenblick, wenn an der Grenze aufgegriffen wird, soll sofort gesagt werden können: Sorry, wir haben Regeln, die Dublin-Verordnung, ihr bleibt bitte in Österreich. – Wie wollen Sie das umsetzen? Sie wollen keine Zäune; Herr Söder will sie, Herr Seehofer will sie offensichtlich nicht. Wie wollen Sie dieses Konzept so umsetzen, dass unsere bayerische Polizei, die Bundespolizei, die Ehrenamtlichen nicht völlig überfordert sind?

In einem sind wir völlig einig: Wir wollen mehr Ordnung an der bayerischen Grenze. Deswegen haben Bund und Länder am 24. September beschlossen, Wartezonen und Registrierungszentren einzurichten. Diese sind notwendig. In der Transitzone an der bayerischen Außengrenze, wie Sie sich das vorstellen, führt das innerhalb kürzester Zeit zur Anhäufung von Problemen, wie wir sie jetzt noch gar nicht haben, weil wir im Moment durchleiten. Was machen wir mit den vielen Flüchtlingen in so kurzer Zeit? Wo wollen Sie die Lager bauen für die restlichen 230.000, von denen Herr Kreuzer gesprochen hat? Wo ist das Personal?

Die Fragen, die wir hier gestellt haben – damit komme ich zum Ende, Frau Präsidentin –, drängen sich geradezu auf. Wir bitten in großkoalitionärer Verantwortung um Hilfestellung und darum, dass Sie Ihren Vorschlag ein Stück weit untermauern.

(Beifall bei der SPD)

Josef Zellmeier (CSU): Das wird natürlich passieren. Der Berichtsantrag der FREIEN WÄHLER wird mit unseren Stimmen beschlossen werden. Das heißt, Sie werden einen Bericht bekommen. Der wird auch ausführlich sein, das ist klar. Sie haben allerdings auch die Zwei-Wochen-Frist drin. Wir arbeiten noch an den Dingen. Es gibt natürlich schon erste Ergebnisse. Aber ich kann Ihnen eines sagen: Eine Patentlösung wird es natürlich nicht geben. Wir müssen aber anfangen, die Probleme zu lösen.

Die Wartezonen, die Warteräume funktionieren offensichtlich nicht so, wie sie gedacht waren, weil ein wesentlicher Teil der Flüchtlinge die Wartezone ohne Registrierung verlässt. Diese Idee war nicht so schlecht. Erinnern Sie sich an die Bilder, zum Beispiel aus Rottal-Inn, wo am frühen Morgen 10, 15 Afghanen in einem Gartenhäuschen waren, die über die grüne Grenze gekommen sind. – Auch diese Bilder gab es. Die Menschen macht es nervös, wenn in einem kleinen Dorf auf einmal eine nennenswerte Zahl Fremder in einem Garten sitzt. Das war die Situation. Die Warteräume wurden eingerichtet, um die Grenze direkt zu entlasten.

Das heißt, man hat hier immer wieder Versuche unternommen, die Dinge ordentlich zu betreiben. Immerhin erreicht man jetzt, dass 60, 70 %, schätze ich einmal, registriert sind. Wir müssen auf höhere Werte kommen. Über die Anträge derjenigen, die registriert sind, sollte möglichst schnell entschieden werden, zumindest sollte eine grobe Unterteilung vorgenommen werden in jene, die eine Chance haben zu bleiben, und jene, die sofort wieder gehen sollen. Damit würde sich einiges entspannen. Dass das nicht gleich perfekt funktionieren wird, darüber sind wir uns bei den großen Zahlen einig.

Unser Problem mit Ihnen ist, dass Sie bei allem, was vorgeschlagen wird, immer nur sagen: Das geht wahrscheinlich nicht. – Das ist die schlechteste Lösung zu sagen, das geht wahrscheinlich nicht. Packen wir es an, damit wir endlich Ergebnisse haben!

(Beifall bei der CSU – Inge Aures (SPD): Das hat doch keiner gesagt! Selektives Denken nennt man das!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Zellmeier. – Ich darf jetzt für die Staatsregierung Herrn Staatsminister Herrmann das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Wochen liegt die Zahl der Flüchtlinge, die täglich über unsere Grenzen nach Deutschland kommen, bei rund 7.000 Personen. Es waren gestern "nur" – in Anführungszeichen – 3.500. Die Prognosen sagen, dass es übermorgen wahrscheinlich schon wieder rund 8.000 sein werden. Aber insgesamt ist das im Moment die Größenordnung.

Dieser Zugang an Flüchtlingen seit Anfang September hat alles bisher Dagewesene quantitativ in den Schatten gestellt. Die Aufgriffszahlen vom Oktober setzen sich kontinuierlich auf diesem exorbitant hohen Niveau fort, und ein Ende ist ganz offensichtlich nicht in Sicht. Wenn das so weitergeht, dann ist völlig klar, dass die Grenzen unserer Belastbarkeit, die viele heute schon zu Recht als erreicht ansehen, sehr bald vollends überschritten sein werden. Die Menschen in unserem Land erwarten von uns, dass wir die Probleme, vor denen wir stehen, nicht nur mit mehr oder minder großer Besorgnis zur Kenntnis nehmen, sondern dass wir konkrete Lösungsmöglichkeiten aufzeigen.

Ich habe die Worte beispielsweise des SPD-Parteivorsitzenden Gabriel oder des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag Oppermann in den letzten Wochen sehr genau zur Kenntnis genommen. Darin ist wiederholt mit unterschiedlichen Formulierungen zum Ausdruck gebracht worden, dass sich das Niveau, das sich bei den

Flüchtlingszahlen für das Jahr 2015 insgesamt abzeichnet, im nächsten Jahr nicht fortsetzen soll. Der Meinung bin ich in der Tat auch.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wir auch!)

Ich vermisse bislang aber konkrete Vorschläge aus der SPD-Bundestagsfraktion oder aus dem SPD-Parteivorstand, wie auch immer Sie das wollen, lieber Herr Kollege Rinderspacher, wie wir das denn erreichen sollen, dass es im nächsten Jahr nicht mehr so viele werden; denn offenkundig ist: Wenn es einfach so weitergeht, wie es im Moment läuft, dann werden es im nächsten Jahr mindestens wieder so viele wie in diesem Jahr, womöglich noch mehr.

Die Menschen erwarten konkrete Antworten auf diese Herausforderung; denn wenn wir keine Antworten auf die Flüchtlingsfrage geben, dann werden uns die Menschen womöglich mit ihren Antworten konfrontieren, und darunter sind vielleicht auch einige, die uns nicht gefallen. Dieser demokratische Staat muss sich handlungsfähig zeigen. Er darf es nicht irgendwelchen Chaoten auf den Straßen überlassen, die Lösungen zu formulieren. Wir in den Parlamenten sind gefordert, die Lösungen zu formulieren und sie dann auch umzusetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich denke, dass die temporäre Einführung von Kontrollen an der Grenze zu Österreich Mitte September ein Schritt in die richtige Richtung war, um mehr Ordnung in das Flüchtlingsgeschehen zu bringen. Die Wiedereinführung der Grenzkontrollen hat aber nicht zu einem Rückgang der Flüchtlingszahlen geführt, weil bislang natürlich auch das fällige Signal aus Berlin ausblieb, dass wir die Grenze der Belastbarkeit als erreicht sehen.Wir müssen daher jetzt weitergehende Maßnahmen ergreifen, die sowohl zu einer Begrenzung der Zuwanderung beitragen als auch insbesondere die Registrierung der Flüchtlinge durch die Bundespolizei verbessern, wie es hier gerade auch noch einmal angesprochen worden ist.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat hierzu kürzlich den sinnvollen Vorschlag gemacht, ein Schnellprüfungsverfahren an den Landgrenzen einzuführen und hierzu sogenannte Transitzonen zu schaffen. Ich habe diesen Vorschlag aufgegriffen und unterstütze ihn nachdrücklich. Ich habe ihn entsprechend eingebracht und mit dem Ministerpräsidenten besprochen. Wir haben es in der Staatsregierung diskutiert, und es ist dann auch auf Bundesebene noch stärker forciert in die Diskussion eingebracht worden. Die Bundeskanzlerin hat inzwischen ausdrücklich erklärt, dass sie die Zielsetzung und das Konzept für richtig hält.

Es ist wohlgemerkt ein Konzept, das keine bayerische Erfindung ist, sondern es ergibt sich aus einer Richtlinie, die die Europäische Union schon vor zwei Jahren erlassen hat, einer Richtlinie, die beinhaltet, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ein solches Landgrenzverfahren mit Transitzonen zur Beschleunigung von Asylverfahren einführen können. Dabei kann geprüft werden – so steht es schon in der EU-Richtlinie –, ob der Asylantrag unzulässig oder offensichtlich unbegründet ist. Während dieser Prüfung wird dem Asylsuchenden zunächst die Einreise verweigert.

Genauso stellen wir uns das auch für die deutsche Grenze vor. In der EU-Richtlinie ist wohlgemerkt enthalten, dass jemand genauso wie beim Flughafenverfahren, das es schon seit vielen Jahren gibt, angehalten werden und ihm die Einreise verweigert werden kann, bis die Prüfung stattgefunden hat. Das ist keine Haft in unserem rechtlichen Sinn. Jedem ist ja jederzeit die Möglichkeit gegeben, die Rückreise anzutreten. Er ist insofern in seiner Freiheit nicht beschränkt. Aber ihm wird der Zutritt zu unserem Land nicht gestattet, bevor die Prüfung stattgefunden hat.

Genau diese sorgfältige Unterscheidung und dieses wohlabgewogene Verfahren sind für die Flughäfen vor dem Bundesverfassungsgericht schon vor einiger Zeit ausdrücklich als verfassungsgemäß bestätigt worden. Das Bundesverfassungsgericht hat das Verfahren für rechtmäßig erkannt, dass jemand angehalten wird und ihm die Einreise verweigert wird, bis geprüft ist. Dabei hat er selbstverständlich die Möglichkeit, jeder-

zeit wieder auszureisen. Insofern ist er in seiner Freiheit nicht beschränkt, aber ihm wird der Zugang in unser Land erst ermöglicht, wenn die Prüfung stattgefunden hat.

Nun sagt die EU-Richtlinie: So etwas kann man nicht nur am Flughafen, sondern auch an den Landgrenzen durchführen. Dieses Verfahren setzt natürlich die Durchführung von Binnengrenzkontrollen voraus. Deshalb ist es von der EU primär auch für Schengen-Außengrenzen gedacht. Die Richtlinie ist aber ausdrücklich so formuliert, dass immer dann, wenn Binnengrenzkontrollen durchgeführt werden, wie das im Moment an der deutsch-österreichischen Grenze oder überhaupt an den deutschen Außengrenzen der Fall ist – praktiziert wird es vor allen Dingen an der deutsch-österreichischen Grenze –, für die Zeit der Binnengrenzkontrollen auch das Landgrenzverfahren durchgeführt werden kann. Es soll unmittelbar an der Grenze durchgeführt werden. Es ist aber ausdrücklich vorgesehen, dass, wie das die Schengen-Verordnung schon vorsieht, bei außergewöhnlichen Situationen auch Binnengrenzkontrollen durchgeführt werden können. So sieht die EU-Verfahrensrichtlinie auch ausdrücklich vor, dass bei einem besonders großen Zustrom von Flüchtlingen das Landgrenzverfahren auch im Landesinnern stattfinden darf.

Das ist alles schon in der EU-Richtlinie angelegt und ist dort ausdrücklich nachzulesen, meine Damen und Herren. Ich will das gerne in ganz großkoalitionärer Sachlichkeit vortragen, lieber Herr Kollege Rinderspacher. Das ist alles nachzulesen. Ich sage noch einmal: Das ist nicht bayerisches Landrecht, und das ist nicht irgendeine neue Erfindung aus dem bayerischen Innenministerium, sondern das ist eine EU-Richtlinie, die nach meiner Kenntnis auch keinen Widerspruch der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament erfahren hätte. Es ist ja auch nicht unvernünftig.

Jetzt ist es unsere Entscheidung, ob wir das in Deutschland einführen. Ich meine, es ist richtig. Die letzten Details müssen im Einzelnen erarbeitet werden. Ich sage nur noch etwas, was die Haft betrifft. Da hat es schon in der Tat andere Entwürfe aus dem Bundesinnenministerium gegeben. Ich habe dem Bundesinnenminister schon vor einer Weile auch persönlich gesagt, dass ich es für nicht notwendig halte, dass eine

förmliche Haft vorgesehen ist, weil es sie im Flughafenverfahren auch nicht gibt. Das sollte man auch klarstellen. Ich sehe die Chance, dass wir da vielleicht gar nicht so weit auseinander sind.

Das Ganze hat – das will ich ausdrücklich unterstreichen, und das ist gleichzeitig eines der Hauptziele des Unternehmens – nur dann einen Sinn, wenn wir zu einer umfassenden Registrierung aller Personen kommen, die die Grenze illegal überschreiten. Entweder einer hat einen normalen Pass und ein EU-Visum oder dergleichen, oder er muss, wenn er das nicht hat, registriert werden. Das ergibt sich übrigens auch schon zwingend aus dem EU-Recht. Es ist kein guter und kein rechtmäßiger Zustand, dass im Moment immer noch eine gewisse Anzahl von Personen über die Grenze kommt und einreist, ohne richtig kontrolliert worden zu sein.

Wenn es zu einer umfassenden Registrierung kommt, wird – das ist klar – herausgefiltert, bei wem sich Anhaltspunkte für eine Unzulässigkeit oder eine offensichtliche Unbegründetheit des Asylgesuchs ergeben. Offensichtlich unbegründet im Sinne der EU-Richtlinie sind sicher Asylanträge von Personen aus sicheren Herkunftsstaaten, vor allen Dingen zum Beispiel den Staaten des Westbalkans. Unzulässig – wohlgemerkt, schon nach dem EU-Recht unzulässig – sind insbesondere Asylanträge, für deren Bearbeitung nach der Dublin-Verordnung ein anderer Mitgliedstaat der EU zuständig ist. Diese Umstände können schon bei der Erstregistrierung schnell geprüft werden. Das ist der Sinn des Eurodac-Systems, bei dem jemand, dessen umfassende Registrierung wir haben, sofort seinen Fingerabdruck abgeben muss. Das Eurodac-System zeigt sofort an, ob jemand mit dem gleichen Fingerabdruck schon in einem anderen EU-Land registriert worden ist.

Da haben wir zum Teil aufgeregte Diskussionen über Dinge, die eigentlich selbstverständlich sind – Gott sei Dank, im Moment hier nicht, aber an anderer Stelle. Deswegen betone ich noch einmal: Aus dem EU-Recht ergibt sich unmittelbar, dass der Antrag desjenigen, der schon in einem anderen EU-Mitgliedsland einen Asylantrag gestellt hat und registriert worden ist, in einem anderen EU-Land – in diesem Fall bei

uns – unzulässig ist. Das ist geltendes EU-Recht. Das ist auch keine bayerische Erfindung und keine Verschärfung, die wir etwa herbeiführen. Es ist geltendes EU-Recht. So reiht sich ein Punkt an den anderen. Eigentlich geht es nur darum, dass wir wieder einigermaßen EU-rechtmäßige Zustände herbeiführen. Wir haben jetzt eine Entwicklung von eineinhalb Jahren hinter uns, bei der sich immer mehr Situationen innerhalb der EU, auch in unserem Land, von dem geltenden Recht entfernt haben. Das ist weder für unser Land noch für die Flüchtlinge noch für sonst jemanden gut, und davon müssen wir wieder abkommen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb werben wir dafür, dass Deutschland auf einer konsequenten Einhaltung des Dublin-Systems durch alle EU-Mitgliedstaaten besteht. Es kann nicht sein, dass sich die Flüchtlinge oder ein Teil von ihnen ihr bevorzugtes Asylland aussuchen. Das ist im EU-Recht nicht vorgesehen. Es ist auch nicht akzeptabel, wenn sich Staaten auf den Fluchtrouten nur als Transitländer betrachten, keine Registrierungen vornehmen und ihre Anstrengungen hauptsächlich darauf konzentrieren, wie sie die Weiterreise nach Deutschland bestmöglich organisieren können.

Um nicht nur eine Kontrolle, sondern auch eine Begrenzung des Zuzugs zu erreichen, sollten so viele Asylanträge wie möglich so schnell wie möglich im Landgrenzverfahren bearbeitet werden. Allerdings macht das Verfahren wenig Sinn bei Personen, bei denen keine Aussicht besteht, dass ihr Asylgesuch schnell bearbeitet und entschieden werden kann. Dieser Personenkreis sollte daher nach der Registrierung wie bisher in das reguläre Asylverfahren gehen.Wir können darüber gern in einer der nächsten Ausschusssitzungen ausführlich diskutieren, Herr Kollege Rinderspacher. Ich bitte Sie jedoch schon heute, bei Ihren Kapazitätsberechnungen zu berücksichtigen, dass alle diejenigen, deren Asylanträge eine schwierige Abwägung erfordern, weil sie aus Ländern wie Irak oder Afghanistan kommen, nicht in der Transitzone verbleiben. Dort findet in diesen Fällen nur die Registrierung mit Fingerabdruck etc. statt. Die Betreffenden werden gleich in die nächste normale Erstaufnahmeeinrichtung weitergeleitet. So

geschieht es bereits in Bayern und anderen deutschen Ländern. Der Aufenthalt in der Transitzone ist in diesen Fällen, wie gesagt, nur für die Registrierung notwendig. Das wird sicherlich weiterhin für einige Personen gelten.

Lieber Herr Kollege Rinderspacher, ich will jetzt das Zahlenspiel nicht weitertreiben. Klar ist jedoch, dass es sich bei vernünftiger Betrachtung in der Praxis etwas anders darstellt als von Ihnen hier vorgetragen.

(Zuruf von der SPD: Wie? – Zuruf von der CSU: Aufpassen!)

– Genau so, wie ich es gesagt habe:

(Beifall bei der CSU)

Diejenigen, deren Asylverfahren geprüft werden muss, werden sofort weitergeleitet, bleiben also nicht in der Transitzone. Schon aus diesem Grund fallen die Zahlen völlig anders aus. Wird festgestellt, dass für einen Asylsuchenden ein Landgrenzverfahren sinnvoll ist, dann leitet die Bundespolizei ihn in die Unterbringungseinrichtungen der Transitzonen weiter. Dort entscheidet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in einem beschleunigten Verfahren über den Asylantrag. Hierfür steht nach Europarecht ein Zeitraum von maximal vier Wochen zur Verfügung. Das Bundesamt muss mit seinen entsprechenden Kapazitäten dafür sorgen, dass eine Entscheidung innerhalb von vier Wochen – gegebenenfalls inklusive Rechtsschutzverfahren – möglich ist. Nach Durchführung des Verfahrens wird der Betreffende zum Beispiel unmittelbar nach Österreich zurückgeschoben, was allerdings das Einverständnis Österreichs voraussetzt. Wenn es nicht vorliegt, dann wird jemand, der aus einem sicheren Herkunftsstaat kommt, unmittelbar in seinen Heimatstaat, zum Beispiel das Kosovo oder Mazedonien, zurückgeführt. Das geschieht bereits; die Zahl dieser Fälle würde sich allerdings wesentlich erhöhen. Nach dem Dublin-System würde die Rücküberstellung in den zuständigen EU-Mitgliedstaat erfolgen.

Lieber Herr Kollege Pfaffmann, Sie haben vorhin die alte Frage nach der Situation in Griechenland aufgeworfen. Natürlich wird im Moment niemand nach Griechenland zurücküberstellt; das ist keine Frage. Da Herr Kollege Pfaffmann es angesprochen hat, will ich aber hinzufügen: Es ist bedauerlich, dass die EU es jahrelang hingenommen hat, dass in einem EU-Mitgliedstaat Zustände herrschen, die nach höchstrichterlicher Rechtsprechung als unzumutbar für Flüchtlinge anzusehen sind. Die EU hat jahrelang nichts dafür getan, diesen Zustand zu beenden. Jetzt kümmert man sich darum.

Wir sind uns sicherlich einig, dass wir in der aktuellen Situation, insbesondere in der aktuellen wirtschaftlichen Situation, kaum erwarten können, dass Griechenland Millionenbeträge in die Erstellung neuer Flüchtlingsunterkünfte investiert. Dann soll die EU das bezahlen! Es ist sinnvoll, dass die Hotspots in Italien und in Griechenland entstehen, damit dort die Prüfung stattfinden kann. Wir begrüßen es, dass der erste Hotspot auf Lesbos errichtet wird. Damit brauchen die Flüchtlinge nicht erst die gesamte Ägäis zu überqueren. Auf Lesbos, also gleich nach Verlassen der türkischen Küste, findet dann die Prüfung statt. Wir müssen zu einem Verfahren kommen, das es ermöglicht, Flüchtlinge, deren Antrag unbegründet ist, von dort aus unmittelbar zurückzuschicken.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das wäre im Sinne des Dublin-Rechts und des Schengen-Rechts. Dessen Geltung muss wieder sichergestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Pfaffmann sollte allerdings bedenken, dass nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Griechenland das einzige Mitgliedsland der EU ist, in das niemand zurücküberstellt werden darf.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es gibt noch 26 andere EU-Länder. Nach der Rechtsprechung ist die Rücküberstellung dorthin nach wie vor zulässig. Von dieser Möglichkeit sollte Deutschland tatsächlich Gebrauch machen.

Meine Damen und Herren, um das von uns vorgeschlagene Verfahren so effektiv wie möglich zu gestalten, sollte es ausschließlich in der Hand des Bundes liegen. Das gilt für die Registrierung und das beschleunigte Asylverfahren. Sinnvollerweise sollte der Bund in diesen Fällen gleich für die Unterbringung und die Rückführung zuständig sein. Wir müssen gerade bei einem so eilbedürftigen Verfahren ein Nebeneinander verschiedener Zuständigkeiten vermeiden. Lediglich an der Betroffenheit unserer Verwaltungsgerichte wird sich nichts ändern.

Wird das Verfahren richtig durchgeführt, brauchen wir in der Tat keine Zäune zu errichten. Entscheidend wird sein – liebe Kolleginnen und Kollegen, so war es auch 1993 –, dass Regeln nicht nur gesetzt, sondern auch durchgesetzt werden. Nachdem CDU/CSU und SPD 1993 den Kompromiss, der die Änderung des Grundgesetzes beinhaltete, geschlossen hatten, gingen schon nach wenigen Monaten die Flüchtlings- bzw. Asylbewerberzahlen massiv nach unten. Die Lage entspannte sich deutlich.

Wir erarbeiten nicht ein Konzept, dessen Umsetzung zehn Jahre Zeit hat. Sinn des Ganzen ist es, in einem überschaubaren Zeitraum einen Zustand herbeizuführen, der von denjenigen, die überlegen, ob sie sich auf den Weg begeben sollten, als klares Signal verstanden wird, dass dies keinen Sinn hat, insbesondere dann nicht, wenn sie aus einem Balkanstaat kommen. Jeder, der von dort kommt, muss wissen, dass er keine Bleibeperspektive in der Bundesrepublik Deutschland hat. In die meisten anderen EU-Länder wollen sie erst gar nicht. Wenn wir dieses Verfahren konsequent umsetzen, werden sich viele – dessen bin ich mir sicher; so war das in der Vergangenheit andernorts auch – erst gar nicht auf den Weg machen. Das ist das Ziel unserer Konzeption. Deshalb ist es sinnvoll – ich wiederhole es –, jetzt an der Umsetzung zu arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen mit einer sorgfältigen Registrierung auch erreichen, dass ein vorhin zu Recht angesprochener Missstand beendet wird. Wir müssen verhindern, dass sich Flüchtlinge einfach so auf den Weg machen, das heißt plötzlich aus den Warte- oder Unterkunftsbereichen verschwinden, und am Ende niemand mehr weiß, wo sie sind.

Auch wenn das dem einen oder anderen als Formalie erscheinen mag, so will ich doch auf Folgendes hinweisen: Wer keinen Pass mit einem gültigem Visum für die Bundesrepublik Deutschland hat, kann sich aus der Illegalität nur dadurch befreien, dass er einen Asylantrag stellt. Jemand, der weder ein Visum für unser Land hat noch an der Grenze einen Asylantrag stellt, hält sich illegal in unserem Land auf.

Das ist übrigens wiederum keine deutsche Besonderheit; das ist in jedem Land der Welt so. Andere Länder sorgen konsequent für die Einhaltung dieser Regelung. Das wissen Sie alle genau. Wenn Sie heute in ein Land wie die USA einreisen und in New York oder Washington am Flughafen ankommen, werden Sie erst dann hineingelassen, wenn Sie einen Pass mit einem gültigen Visum für die USA haben. Wenn Sie das nicht haben, dann dürfen Sie den nächsten Flieger besteigen, der Sie nach Europa zurückbringt. Ähnlich ist es in China, Australien und anderswo. Wir müssen auch in dieser Hinsicht bei uns einen Zustand wiederherstellen, der in der ganzen übrigen Welt selbstverständlich ist.

(Beifall bei der CSU)

Nur bei uns ist im Moment einiges außer Rand und Band geraten.

Wir stehen in engem Kontakt mit der Bundesregierung, ich mit dem Bundesinnenministerium. Die Details werden ausgearbeitet und sicherlich in der Großen Koalition in Berlin besprochen. Ich werbe sehr dafür, dass wir zu einer vernünftigen, konkreten Regelung kommen.

Ich werde gerne gemeinsam mit meinen Mitarbeitern in der nächsten Sitzung des Innenausschusses unsere Vorstellungen für Landgrenzverfahren und Transitzonen noch detaillierter erläutern, falls noch Fragen offengeblieben sind. Damit haben wir überhaupt keine Probleme. Wir wollen eine sehr detaillierte Regelung erreichen.

Ich werbe an dieser Stelle nochmals dafür, dass wir einen Konsens finden und die notwendigen Maßnahmen konsequent umsetzen. Wir müssen jetzt handeln. Dies ist im Rahmen unserer Verfassung möglich. Alle vorgeschlagenen Maßnahmen sind jenseits von Änderungen des Grundgesetzes umsetzbar. Solche Änderungen sind dafür nicht notwendig. Auch das EU-Recht eröffnet uns zahlreiche Möglichkeiten. Wir müssen alle Handlungsspielräume ausschöpfen und konsequent handeln. Dafür haben wir allerdings nicht jahrelang Zeit, sondern wir müssen die Umsetzung innerhalb von wenigen Wochen auf den Weg bringen. Daran arbeiten die Staatsregierung und auf jeden Fall die Mehrheitsfraktion dieses Hauses.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatminister, ich darf Sie bitten, für zwei Zwischenbemerkungen noch einmal an das Rednerpult zu kommen. Zunächst Herr Kollege Rinderspacher, bitte.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Minister, gestatten Sie mir zunächst die Anmerkung: Ich finde, dass die Große Koalition durchaus gute Arbeit leitet; das meine ich ganz im Ernst. Hier in Bayern wird öfters der Eindruck erweckt, insbesondere von Ihnen, die Große Koalition sei mit Blick auf die Flüchtlingspolitik nicht handlungsfähig.Wir haben erst in der letzten Woche ein großes Asylpaket geschnürt, und ich finde, es hätte in Ihrer Rede zumindest am Rande das eine oder andere Mal anklingen dürfen, dass Berlin durchaus handelt.

(Zuruf von der CSU: Aber zu spät!)

Wer für sich in Anspruch nimmt, dass zwar in Berlin alles beschlossen wird, aber unsere Vorschläge aus Bayern des Rätsels Lösung sind, der hat nun einmal auch die Pflicht zu liefern.

Deshalb und weil Sie sagten, Sie wollten sich an den Spielchen über Kapazitätszahlen nicht beteiligen, sage ich Ihnen: Doch, Sie müssen sich daran beteiligen; denn Sie sind der Innenminister dieses Landes.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Ihr Fraktionsvorsitzender sagt, es sind 240.000 Flüchtlinge hereingekommen und Sie permanent, auch in Pressegesprächen den Eindruck erwecken, Sie wollten den Flüchtlingsstrom an der Grenze bereits aufhalten, dann haben das Parlament und die bayerische Öffentlichkeit schon ein Anrecht darauf zu erfahren: Wie viele kommen jetzt durch, ins normale Asylverfahren? Wie viele werden mutmaßlich abgewiesen, und wie viele bleiben mutmaßlich über einen kürzeren oder längeren Zeitraum in den Transitzentren? - Da müssten wir von Ihnen auch einmal eine Hausnummer erfahren. Wie viele dieser Zentren brauchen wir denn? Wenn nicht für 240.000, aber für 150.000 oder für 100.000 oder für 80.000 oder für 20.000 oder gar nur für 10.000?

Sie sagen, Sie wollen sich an den Spielchen nicht beteiligen, aber Sie sind auch im Gespräch mit dem Bundesinnenminister. Dabei wird das ja eine Rolle spielen; denn Sie müssen jetzt dafür Sorge tragen, dass nicht nur juristisch alles sauber ist. Das war auch gar nicht unsere Frage, sondern wir fragen: Ist das Konzept der Transitzentren durchführbar, ist es praktikabel? - Das ist unsere Fragestellung, weil wir die Sorge haben, dass wir an den bayerischen Außengrenzen dadurch nicht mehr Ordnung bekommen, sondern mehr Unordnung, nicht mehr Sicherheit, sondern mehr Unsicherheit, mehr Stress für alle Beteiligten, für die Bundespolizei, die bayerische Polizei, die Ehrenamtlichen und die Flüchtlinge selbst. Und das – darin sind wir uns sicherlich völlig einig – wollen wir alle nicht.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Lieber Herr Rinderspacher, zunächst zu Ihrem Hinweis auf vergangenen Freitag: Ja, es sind kluge, wichtige und richtige Beschlüsse gefasst worden. Ein großer Teil dessen, was beschlossen worden ist, ist maßgeblich auf Betreiben der Bayerischen Staatsregierung und der CSU erarbeitet worden. Darunter sind einige Punkte – das darf man vielleicht in aller Kollegialität auch sagen –, die noch vor wenigen Monaten von anderer Seite – ich will hier gar keine Namen nennen – strikt abgelehnt worden sind.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe mich nicht veranlasst gesehen, das von mir aus hier anzusprechen, weil ich versucht habe, auf die durch Ihren Antrag gestellten Fragen zu antworten, und darin war davon nicht die Rede. Aber ich gehe immer gerne auch auf andere Fragen von Ihnen ein. So ist das nicht, Herr Kollege Rinderspacher.

Was die Grenzkontrollen anbetrifft, will ich Ihnen nur noch einmal sagen: Für mich – vielleicht habe ich als Innenminister eine einseitige Wahrnehmung – ist nicht nachvollziehbar, wie man zu der Einschätzung kommen kann, dass hinsichtlich einer insofern unbestimmten Menge an Flüchtlingen die Aufnahme in Deutschland insgesamt mit der Feststellung "Wir schaffen das!" erledigt wird, und wenn ich genau die Gleichen – keinen Einzigen mehr, sondern nur diese – an der Grenze kontrollieren will, wird von Ihnen infrage gestellt, dass wir das schaffen können. Das ist doch eine völlig absurde Entwicklung. Ich will nur dazu zurückkommen, dass jeder, der in unser Land kommt, erst einmal kontrolliert wird, und ich kann nicht das eine schaffen, ohne das andere zu schaffen. Deshalb werden wir daran ganz konkret arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Minister, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Frau Kollegin Kamm, bitte.

Christine Kamm (GRÜNE): Zunächst eine Vorbemerkung. Sie haben gesagt, Sie wollten das Dublin-System wieder in Kraft setzen. Ich meine, der Sommer hat gezeigt, dass das Dublin-System nicht nur in Bezug auf Griechenland, sondern in Bezug auf weite Teile der südlichen Länder nicht mehr in Kraft gesetzt werden kann, weil diese Länder schlicht und einfach überfordert sind. Die Zahlen zeigen das sehr deutlich. Beispielsweise wurden in Ungarn über 70.000 Flüchtlinge registriert. Ungarn hat aber nur eine Erstaufnahmeeinrichtung für 3.000 Flüchtlinge. Alleine durch Festhalten an allen Forderungen werden Sie also nicht weiterkommen.

Aber nun zu meiner Frage. Sie sagen, die Transitzonen seien so, wie Sie sie einrichten wollen, EU-rechtskonform. Ich habe Auskunft von der politischen Abteilung der EU-Kommission in Berlin eingeholt. Dort sagt man ganz klar, an den EU-Binnengrenzen seien sie nicht rechtskonform.

(Beifall bei den GRÜNEN – Jürgen W. Heike (CSU): Flughafen!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

(Christine Kamm (GRÜNE): Entschuldigung! Darf ich noch ein Wort sagen?)

Bitte sehr.

Christine Kamm (GRÜNE): Es gibt natürlich einen gravierenden Unterschied zum Flughafenverfahren. Im Flughafenverfahren kommen ja Leute von außerhalb Europas an irgendeinen Flughafen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Nein! – Weitere Zurufe von der CSU)

Da ist es so, dass man genau weiß, woher der- oder diejenige kommt. Natürlich gibt es Unterschiede. Erkundigen Sie sich bitte rechtlich und erzählen Sie nicht einfach, was Ihnen bequem ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist völlig unlogisch!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Minister!

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Kollegin, ich kann Ihnen nur sagen, dass ich glaube, dass man den Text der EU-Richtlinie ohne Jurastudium lesen kann.

(Heiterkeit bei der CSU)

Manche Texte sind in der Tat extrem schwierig und verwirrend. Aber die Formulierungen dazu, dass man dieses Landgrenzverfahren im Falle von Grenzkontrollen durchführen kann, ist aus meiner Sicht auch für Nichtjuristen so lesbar, dass ich jedenfalls zu dem klaren Ergebnis komme: Sie sind auch im Fall von temporären Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums zulässig.

Was die Gültigkeit der Dublin-Verordnung anbetrifft, so würde ich es in der Tat für dringend notwendig halten, dass man, wenn solche Zweifel bestehen, in Brüssel Klarheit schafft.

Ich verstehe auch die Entscheidungen des Europäischen Rats der letzten Wochen so, dass auf der Basis der Dublin-Verordnung gearbeitet wird. Welchen Sinn sollen diese Hotspots haben, und auf welcher Rechtsgrundlage sollen sie in Italien, in Griechenland und schon in dieser Woche auf Lesbos arbeiten? Welche andere Rechtsgrundlage gibt es denn für sie? Ich glaube nicht, dass die Konzeption vorsieht, dass man jetzt auf Lesbos nach griechischem Landrecht arbeiten soll.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Vielmehr ist doch ganz offensichtlich, dass sie auf der Grundlage des EU-Rechts arbeiten.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, jetzt hat der Herr Staatsminister das Wort. Sie hatten zuvor das Wort; jetzt hat es der Herr Staatsminister. – Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Jedenfalls gehe ich im Moment davon aus, dass das EU-Recht die Grundlage für das ist, was jetzt entsprechend geurteilt wird. Im Moment kenne ich keine anderen Rechtsgrundlagen. Wir müssen uns, denke ich, hierauf besinnen. Wenn jemand ein anderes Recht einführen will, soll er es sagen, aber auch da befinden wir uns letztendlich wieder – ich will nicht zu weit ausholen – in einer doch erstaunlichen Entwicklung. Wir haben auch in Deutschland schon Rechtsmaterien erlebt, bei denen man gemerkt hat, dass sie überarbeitungsbedürftig sind. Wenn das so ist, müssen wir Gesetzesänderungen herbeiführen. Aber zu einer Diskussion in dem Sinne, wie Sie sie jetzt führen, indem Sie bei einer gültigen Rechtsnorm – es ist gültiges Recht, wenn wir die EU überhaupt noch ernst nehmen – einfach sagen: Sie hat sich überholt; wenden wir sie nicht mehr an, kann ich nur sagen: Damit wird der Rechtsstaat in seinen Grundprinzipien infrage gestellt.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann ja auch bei einem Bundesgesetz nicht einfach sagen: Jetzt habe ich keine Lust mehr, dieses Bundesgesetz anzuwenden; ab sofort ist der Bayer nicht mehr der Bayer. Das ist doch eine völlig absurde Diskussion. Wenn Sie sagen, es muss überarbeitet, es muss geändert werden, dann muss man darüber reden. Aber Sie können doch nicht einfach sagen, dass Sie eine in Europa geltende Rechtsnorm einfach nicht mehr anwenden wollen. So kann man auch keine grüne Politik betreiben, liebe Freundinnen und Freunde.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Der Herr Ministerpräsident hat um das Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst für die Ernsthaftigkeit der Diskussion zu diesem Punkt. Sie entspricht der Lage in unserem Lande. Sie ist ernst. Die Gefahr der Spaltung unserer Gesellschaft ist groß, ebenso die Gefahr der Radikalisierung und der Polarisierung. Es besteht, so denke ich, eine große Übereinstimmung darin, dass wir die Integrationsmaßnahmen, die wir beschlossen haben, möglicherweise in diesem Plenum in großem Einvernehmen formulieren und vielleicht auch verabschieden können.Ich kann Ihnen sagen – es waren ja gestern Abend verschiedene Kolleginnen und Kollegen in der Allerheiligen-Hofkirche anwesend –: Das "Wertebündnis Bayern" mit 131 Mitgliedern aus allen gesellschaftlichen Gruppierungen Bayerns hat diese Bemühungen mit sehr, sehr großem Beifall aufgenommen, und die Mitglieder werden ihrerseits schauen, dass sie in ihrem Wertebündnis Integrationsmaßnahmen umsetzen, wofür wir als Staatsregierung auch zusätzliches Geld zur Verfügung stellen.

Ich habe in meiner Regierungserklärung auch angeboten, dass wir uns nicht nur zur Integration, sondern auch in der schwierigen Frage der Zuwanderungsbegrenzung verständigen sollten; denn ich habe den Eindruck, dass sowohl die SPD-Fraktion als auch die FREIEN WÄHLER vom Grundsatz her an einer Zuwanderungsbegrenzung Interesse haben, wenn sie gut gestaltet werden kann, wenn sie rechtsstaatlich einwandfrei ist und wenn auch gewährleistet ist, dass eine Wirkung ausgelöst wird.

Deshalb möchte ich heute noch einmal den Versuch unternehmen, Ihnen nicht abstrakt – das diskutieren wir jetzt schon lange –, sondern einfach in einigen Punkten mein Konzept darzulegen. Dann können Sie die Punkte prüfen, dann können Sie auch darum bitten, das eine oder andere noch zu vertiefen, um dann zu beurteilen, ob wir das in Bayern machen können. Darauf kommt es entscheidend an; nicht schöne Worte, sondern nur noch Taten zählen in der Bevölkerung. Darauf komme ich am Schluss noch einmal zurück. Was stärkt eigentlich in unserem Land radikale Kräfte? An dieser Stärkung hat ja niemand von uns Interesse.

Ich möchte noch einmal sagen, was ich in der Regierungserklärung gesagt habe. Wir sind nicht in der komfortablen Situation, dass wir sagen könnten: Da gibt es einen Vorschlag, und wenn wir den realisieren, ist das die Gesamtlösung des Problems. Dafür ist das Problem zu vielschichtig, zu neuartig, zu komplex. Außerdem wissen wir bei manchen Vorschlägen nicht, ob sie jemals realisiert werden, und wenn sie realisiert werden, welche Wirkung sie entfalten. Ich werde das bei einzelnen Punkten sagen.

Wir müssen immer davon ausgehen, dass wir ein ganzes Paket zur Zuwanderungsbegrenzung brauchen, und wir sollten das eine, weil es nicht ganz perfekt ist und weil es nicht hundertprozentige Lösungen verspricht, nicht dadurch konterkarieren, dass wir alles andere außer Acht lassen. Nur ein verschränktes System ist wirkungsvoll. Deshalb bitte ich Sie, noch einmal folgende sieben Punkte in Ihre Überlegungen einzubeziehen, die aus meiner Überzeugung – ich habe mich jetzt wirklich in Berlin und hier umfassend mit dem Thema beschäftigt – notwendig sind, wenn wir diese Völkerwanderung nicht stoppen wollen, sondern wenn wir sie steuern und begrenzen wollen. Auch darauf kommt es mir ganz entscheidend an.

Das Erste ist: Wir müssen die etwa 70.000 Menschen, die bei uns sind und die zurückgeführt werden müssen durch Abschiebung oder durch freiwillige Rückreise mit Erstattung der Rückfahrtkosten etc., auch tatsächlich zurückführen. Da müssen wir auch in Bayern noch entschieden besser werden. Ich sage das in aller Offenheit: Ich bin mit der Situation hier nicht zufrieden. Das war heute im Kabinett auch spürbar. Wir müssen uns insbesondere auch um Personen kümmern, die bezüglich ihrer Rückführung täuschen und tricksen mit falschen Identitäten oder mit Nichtmitwirkung und Ähnlichem mehr. Die Bevölkerung erwartet einfach von uns, dass wir die Menschen zurückführen, die hier kein Bleiberecht haben. Es sollen insgesamt 70.000, davon 14.000 in Bayern sein. Wenn getrickst und getäuscht oder nicht mitgewirkt wird, gibt das neue Recht jetzt die Chance, dass wir die Zahlung von Sozialleistungen einstellen, mit Sachleistungen arbeiten und nicht Geldleistungen fällig werden, die den Rückkehran-

reiz konterkarieren. Da sollten wir übereinstimmen, dass wir alles versuchen, um die Rückführung zu erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Es gab letzte Woche eine Vereinbarung mit den Landräten und Oberbürgermeistern in den östlichen Regionen Bayerns, dass dies geschehen muss. Dies schafft nämlich gleichzeitig wieder Unterbringungskapazitäten für Menschen mit Schutzbedürfnis.

Dafür haben wir auch die Zentren in Bamberg und Manching eingerichtet. Dort sind jetzt 500 bzw. 400 Personen untergebracht. Ich denke, das muss man noch deutlich erhöhen. Der Grund war ja, an einem Ort Behörden und Juristen zusammenzuziehen, von den Beamten und Mitarbeitern des BAMF bis hin zu den Verwaltungsrichtern. Dafür stellen wir zusätzliche Verwaltungsrichter, aber auch Personal bei den Verwaltungsgerichten ein. Nur wenn auch die Altfälle zusammengeführt sind oder jedenfalls ein großer Teil der Altfälle, werden wir die Beschleunigung hinbekommen, weil derzeit – das habe ich heute im Kabinett auch wieder gehört – mancher in der Früh dann nicht da ist, wenn er abgeschoben werden soll. Das hat man dort ganz anders im Griff.

Das wäre mein erster Punkt: die Rückführung oder aber auch die Abschiebung – ich spreche den Begriff auch aus –, insbesondere bei einem Personenkreis, der seinerseits Voraussetzungen schafft, dass er nicht zurückgeführt werden kann. Dann muss man eben mit den anderen Mitteln, die wir jetzt im Gesetz zur Verfügung haben, konsequent handeln. Das ist das Erste.

(Beifall bei der CSU)

Da schiebe ich nichts auf den Bund. Da haben wir auch als Bayerische Staatsregierung und bayerische Verwaltung noch einiges zu tun.

Ich würde übrigens auch empfehlen: Wenn wir vom Bund immer Transparenz fordern und wissen wollen, wie viele kommen täglich nach Deutschland, dann sollte auch Bay-

ern regelmäßig veröffentlichen: Wie viele abzuschiebende Personen sind vorhanden, und wie viele haben wir in dieser Woche abgeschoben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Transparenz hat bekanntlich eine heilsame Wirkung. Das gilt auch für die Flüchtlingszahl – nicht um Angst oder Sorge in der Bevölkerung hervorzurufen, sondern um einfach über das Tun der öffentlichen Hand Klarheit zu schaffen. Mich ärgert es, dass ich jeden Tag eine Menge Arbeit habe, mir die Zahlen zu beschaffen und dann zu fragen: Von wem sind die? Sind das unsere Zahlen, sind das deutsche Zahlen, sind das bayerische Zahlen? Sind die abgeglichen? – So ist die Situation. Ich lasse mir das jetzt schon vor jeder Kabinettssitzung vorlegen. Aber ich würde sagen, es ist auch Zeit, dass wir Transparenz in der Öffentlichkeit herstellen. Ich sage nochmals: nicht um Angst zu schaffen, sondern um die Herausforderungen zu beschreiben, die wir auf unterschiedlichen Ebenen zu bewältigen haben.

Das ist der erste Punkt: Rückführung. Ich hoffe, dass jedenfalls unser Koalitionspartner in Berlin und die FREIEN WÄHLER, deren Verhalten ich sehr genau verfolgt habe in den letzten Wochen mit ihren Einlassungen hier im Parlament, vom Prinzip her hier an unserer Seite stehen.

Zweitens. Wir brauchen sowohl innerhalb Deutschlands als auch innerhalb Europas eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen immer und immer wieder sagen – und gerade in Europa muss man das über lange Zeit mit viel Geduld sagen –, dass es einfach nicht gerecht ist, wenn Deutschland und zwei oder drei andere Staaten in Europa die Staaten sind, die als Einzige den Schutz für Bürgerkriegsflüchtlinge gewähren sollen. Das wird auf Dauer nicht gehen.

Wir müssen auch in Deutschland – das ist schon ein Stück besser geworden, aber es ist aus meiner Sicht noch nicht ideal – schneller als heute handeln, wenn 240.000 Menschen seit dem 1. September in Bayern angekommen sind und dann immer noch eine erkleckliche Zahl, die um die 100.000 liegt, nicht nach dem bundesweiten Ausgleichsverfahren in überschaubarer Zeit verteilt ist. Dann ist es für mich ein schwacher Trost, wenn gesagt wird: Aber ein paar sind verschwunden. Dann bleiben immer noch genügend übrig für die Verteilung. Das muss weiter verbessert werden. – Die Verteilung ist das Zweite.

Das Dritte ist: Fluchtursachen und Hilfe in Herkunftsländern. Das ist ja unbestritten. Deshalb bin ich auch dafür, dass man mit der Türkei verhandelt. Aber wir müssen uns auch sehr genau anschauen, wie die Gegenleistung ist. Es kann nicht sein, dass wir auf der einen Seite das Scheckbuch zücken und sich auf der anderen Seite nichts an der Situation für uns ändert. Das darf auch nicht sein. Es muss schon gewährleistet sein, dass dann der Zustrom jedenfalls aus der Türkei wirksam unterbunden wird.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, das ist mir auch nicht jeden Preis wert. Ich habe immer so meine Probleme damit - ich sagte das schon in der Regierungserklärung -, wie man zu dem Ergebnis kommen kann, die Türkei sei in der Lage, die Ausreise lückenlos zu kontrollieren – sonst macht es ja keinen Sinn –, aber wir könnten unsere eigenen Grenzen bei der Einreise nicht kontrollieren. Das ist für mich ein Widerspruch.

(Beifall bei der CSU)

Trotzdem, damit es in der Verkürzung nicht gleich wieder als Kritik verstanden wird: Ich bin dafür, dass man das mit der Türkei versucht. Das war am Sonntag sicher sinnvoll. Wir müssen uns aber sehr genau die Gegenleistung anschauen. Wir müssen uns vor allem anschauen, ob wir über die Türkei in der Substanz, also am Flüchtlingszuzug, wirklich etwas ändern. Ein Blick auf die Landkarte wird jedem sofort klarmachen, dass die Türkei zwar wichtig ist, aber dass es rein geografisch sehr komfortable Zu-

gangsmöglichkeiten anderer Art gibt. Ich will sie jetzt nicht öffentlich ausrufen. Darauf kommen die Schleuser selber. Sie springen, wenn man auf die Karte schaut, ins Auge. Deshalb gilt bei dem dritten Punkt: Er ist besonders notwendig, aber glauben Sie nicht, dass dies der Schlüssel zur Lösung des Problems ist. Das ist ein wichtiger Punkt, aber er reicht nicht aus.

Deshalb nenne ich als vierten Punkt die Außengrenzen der EU. Zu den sogenannten Hotspots muss man wissen – ich habe jedenfalls keine andere Information: Das heißt bisher Registrierung. Das heißt aber noch lange nicht, dass wir wissen, wo dann die Flüchtlinge sind. Nach allem, was ich vom letzten EU-Rat gelesen habe, ist keineswegs gewährleistet, dass die jetzt neu auflaufenden Flüchtlinge wieder so verteilt werden, wie der Bestand von 160.000 Flüchtlingen. Das ist ja nicht gelöst.

Deshalb müssen wir die Außengrenzen der EU im Blick haben, und zwar im Süden, auch in Italien, wo wir im Moment eine etwas geordnetere Situation haben, wie auch im Südosten. Ganz gleich, was mit der Türkei geschieht, bleibt die Frage der Außengrenzen der EU wichtig.

Deshalb brauchen wir fünftens auch Grenzkontrollen, die uns Luft verschaffen. Niemand von uns hat mit Grenzkontrollen verbunden, dass wir damit die finale Lösung hätten oder dass damit das Problem gelöst wäre. Wir haben ein Stück mehr Ordnung, aber die Rechtlosigkeit und die offenen Rechtsfragen bestehen weiter. Darunter leiden auch viele Polizeibeamte.

Deshalb bin ich ein großer Anhänger der Transitzonen. So schwer kann das doch nicht sein. Es gibt eine EU-Richtlinie, die vom Bundesverfassungsgericht bestätigt ist. Es geht nicht um eine Haft. Wenn jemand in einer Transitzone ist, kann er hinfahren, wohin er möchte, aber die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland kann nur erfolgen, wenn er die Voraussetzungen dafür erfüllt. Das ist der wesentliche Punkt. Er kann sofort wieder zurück, er kann dahin oder dorthin. Es ist keine Haft, und das ist das Entscheidende. Deshalb brauchen wir auch keinen Haftrichter und keine Haftan-

stalten. Es ist eine Schnellprüfung. Die soll nach meinem Dafürhalten zuallererst für Flüchtlinge aus den sicheren Herkunftsstaaten erfolgen. Ich warne davor, angesichts der Zyklen, die wir in den letzten Monaten erlebt haben, die augenblickliche Situation zu sehen nach dem Motto: Es ist jetzt entspannter mit der Flucht aus dem Balkan, darum können wir alle Überlegungen hinsichtlich Rückführung auf den Balkan sofort zu den Akten legen. Das wäre fahrlässig. Wir müssen Vorkehrungen treffen, damit wir dann, wenn das wieder aufblüht, zur Stelle sind.

Die Transitzonen sehe ich als notwendig an, weil die Bevölkerung allmählich nicht mehr versteht, dass wir die Menschen einreisen lassen, ein sehr aufwendiges Verfahren betreiben, um sie in ganz Deutschland zu verteilen, sie anschließend wieder sammeln, jedenfalls die aus den Balkanstaaten – die sicheren Herkunftsstaaten sind übrigens nicht nur die Balkanstaaten -, um sie wieder zurückzuführen. Das ist ein Verfahren, das niemand versteht.

Wenn ich sichere Herkunftsstaaten nach unserem Grundgesetz durch einfaches Gesetz – Artikel 16 a Absatz 2 –, festlege, dann wird die verfassungsrechtliche Vermutung ausgelöst, dass in diesen Staaten keine Verfolgung stattfindet. In Artikel 16 a Absatz 2, letzter Satz, steht, dass sogar ein Rechtsbehelf gegen die rechtskräftige Feststellung des Herkunftsstaates nicht gegen die Abschiebung spricht. Auch das steht im Grundgesetz. Warum das bisher nicht angewandt wird – jedenfalls nicht in mir bekannter Weise –, ist die große Frage. Wir brauchen weder Zäune – ich sage das noch einmal –, noch brauchen wir die Abschaffung des Artikels 16 a Absatz 1, sondern wir brauchen nur die richtige Anwendung des Artikels 16 a des Grundgesetzes.

(Beifall bei der CSU)

Die Transitzone ist eine Möglichkeit - wir können sie auch im Rückraum des Landes einrichten, das ist auch geklärt -, um wenigstens bei den sicheren Herkunftsstaaten das zu erreichen, was große Demokratien in Europa wie die Schweiz oder Norwegen

praktizieren, nämlich in 48 Stunden Klarheit zu schaffen, wer aus einem sicheren Herkunftsstaat kommt und zurückgeführt wird.

(Beifall bei der CSU)

Das ist das Ziel. Wie man das ausgestaltet, ob das besser in bayerischer oder in Bundeshand ist, das werden wir sehen. Wichtig ist, dass es stattfindet.

Ich habe mit der Bundeskanzlerin dazu eine Vereinbarung. Dabei bleibe ich. Die stammt vom Sonntag vor acht Tagen. Ich habe viel über die Umsetzung dieser Vereinbarung in Berlin gelesen, auch wie die CDU das handhaben möchte. Das wäre alles bitter, wenn es so käme. Das Einfachste ist, dass wir uns in der Koalition zusammensetzen und die Sache zwischen CDU/CSU und SPD besprechen.

Der sechste Punkt ist eine Kontingentierung der Bürgerkriegsflüchtlinge. Auch da müsste etwas verändert werden im EU-Recht. Darum kann sich einmal das EU-Parlament kümmern. Aber, meine Damen und Herren, was nützt es, wenn wir den Punkt sichere Herkunftsstaaten geordnet haben und dann noch das Problem der Zahl der Bürgerkriegsflüchtlinge haben? Da brauchen Sie mir nicht mit humanitären Gründen zu kommen. Da haben wir in Bayern, und zwar alle, in den letzten Wochen sehr solidarisch und human gehandelt.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte diese Humanität erhalten. Ich möchte, dass wir keine Sicherheitsprobleme bekommen. Ich möchte, dass wir die Chance auf Integration wahren können, indem wir durch die Zahl der Flüchtlinge nicht überfordert werden; denn Sie müssen den Familiennachzug immer noch mit einkalkulieren. Ich möchte, dass Bayern weiterhin ein Land der gelingenden Integration ist. Keiner, auch nicht gestern Abend, kommt zu mir und sagt: Grenzen auf! Alle, die kommen, wissen, dass das in keinem Land der Welt der Fall ist und dass das keine Gesellschaft schaffen würde. Es geht auch bei der Kontingentierung einfach darum, die Bürgerkriegsflüchtlinge zu verteilen, und da be-

schränke ich mich nicht auf Europa. Da sehe ich auch die Nachbarstaaten der Bürgerkriegsgebiete in großer Verantwortung. Ich sehe die arabischen Staaten in großer Verantwortung, und ich sehe vor allem die Vereinigten Staaten in der Verantwortung, die ja manche Ursache mit ausgelöst haben für die Entwicklung, die wir derzeit haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ändern wir auch nicht, indem wir nur immer sagen: Das funktioniert nicht, das ist schwer, wer macht das usw. Das ändern wir nur, wenn wir das zu unserer gemeinsamen bayerischen politischen Forderung machen.

Das Siebte, das ich Ihnen mitgeben möchte für die Überlegung, ob Gemeinsamkeit möglich ist, ist der Grundsatz, dass über allem die Wiederherstellung des EU-Rechts steht. Was macht denn eine Außenkontrolle oder eine Registrierung in Griechenland für einen Sinn, wenn die Frage, ob das Dublin-Abkommen gilt oder nicht, nur durch Kanzler-Erklärung von Wien und von Berlin aus entschieden wird?

(Beifall bei der CSU)

Wie wollen wir an der Außengrenze jemanden abwehren? Wir müssen diesen Staaten helfen, und zwar logistisch, finanziell und personell. Wir können nicht sagen, ihr seid unglücklicherweise an der Außengrenze, und deshalb habt ihr das alles alleine zu schaffen. Das habe ich schon vor vielen Monaten bei meinem Rom-Besuch der italienischen Regierung gesagt.Wir müssen deshalb helfen, wir können aber nicht sagen: Es gibt kein EU-Recht mehr. Auch Ministerpräsident Renzi hat einige Zeit bewiesen, dass das Dublin-Abkommen funktionieren kann. Auch er hat lange Zeit durchgewunken, aber es gab auch Zeiten, in denen wir sehr zufrieden waren. Zufriedenheit darf man allerdings nicht sofort zum Ausdruck bringen; denn dann ändert sich das gleich wieder. Unser Hauptproblem war in den letzten Wochen und Monaten aber nicht die Südroute. Auch die Italiener haben in Bozen viele Flüchtlinge festgehalten. Da hat sich etwas geändert.

Wir brauchen vor allem – und das ist mein siebter Punkt – die Wiederherstellung der Rechtsordnung. Wir brauchen vor allem eine politische Erklärung, sei es von der Koalition oder von der Kanzlerin oder von wem auch immer –; das ist hier nicht die erste Frage. Die Bundesrepublik Deutschland muss deutlich machen: Bei uns bekommen Menschen Schutz und Solidarität; aber wir müssen auch darauf hinweisen, dass wir begrenzende Maßnahmen treffen müssen, damit diese Möglichkeit auch in Zukunft erhalten bleibt.

(Beifall bei der CSU)

Das sind die sieben Punkte, die ich Ihnen aufzählen möchte, und die sind vor allem auch an unseren Koalitionspartner in Berlin gerichtet. Diese Punkte sind wirklich ernst gemeint. Jeder sollte hier die taktische Überlegung vergessen, man könnte parteipolitisch punkten. Wenn wir das Problem nicht lösen, dann wird das zulasten aller Parteien gehen. Die Leute verlieren nämlich das Vertrauen. Ich sage gleich noch etwas dazu, was im Umgang mit der Bevölkerung notwendig ist.

Ich lade aber auch die GRÜNEN ein. Ich bin immer wieder überrascht, worauf man sich auf Berliner-Ebene mit den GRÜNEN verständigen kann. Die bisherigen Einlassungen haben bei mir allerdings noch nicht die Hoffnung genährt, dass wir uns auch in der Frage der Begrenzung treffen können. Wenn Sie die heutige Debatte aber zum Anlass nehmen könnten, auch darüber nachzudenken, ob wir uns in den nächsten Sitzungswochen auf einen bayerischen Weg in der Frage der Begrenzung verständigen könnten, dann wäre das gut. Wie ich schon in meiner Regierungserklärung sagte: Diejenigen, die draußen tätig sind, vor Ort, die kommen aus allen Parteien. Schließlich hat niemand das Monopol auf Hilfsbereitschaft. Die Menschen draußen erwarten von uns, dass wir zusammenstehen, dass wir uns in der Sache zusammenraufen, um das Zahlenproblem in den Griff zu bekommen.

Meine Damen und Herren, durch eines lasse ich mich überhaupt nicht beeinflussen, und zwar durch den Versuch einer Meinungsdiktatur nach dem Motto: Was darf man noch sagen und was nicht?

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo, bravo!)

Es entspricht einfach meiner Lebenserfahrung: Auch wenn wir überhaupt nicht darüber reden würden, hätte die Bevölkerung trotzdem ihre Meinung. Zu glauben, mit Schweigen würde man Meinungen abschirmen können, das ist ein Irrtum, und diese Erfahrung werden noch so manche machen, die im öffentlichen Leben wirken oder stehen. Wir haben nur eine Chance. Ich sagte es bereits eingangs, die Lage ist ernst. Die Gefahr, dass sich die Gesellschaft spaltet, ist jeden Tag mit Händen zu greifen. Sie nimmt auch jeden Tag zu. Die Tatsache, dass immer mehr polarisiert wird, dass sich Gruppen bilden, ist einfach gegeben. Ich sage hier einmal ganz klar: Was bei Pegida an rassistischen und ausländerfeindlichen Parolen und Äußerungen fällt - das betrifft auch gestern Abend -, das missbillige ich ausdrücklich. Ich weise sie auch ausdrücklich im Namen meiner Partei zurück. Damit wollen wir nichts zu tun haben!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Das ist nicht unsere Welt, das ist nicht unser Geistesgut. Davon kann man sich nur distanzieren. Meine Damen und Herren, trotz dieser Widerwärtigkeiten müssen wir uns aber einig sein, dass es handfeste Sorgen und Probleme in der Bevölkerung gibt. Darauf haben auch Sie hingewiesen, Herr Pfaffmann. Es gibt handfeste Probleme, und manche bürgerlichen Leute, die sie äußern, dürfen nicht einfach in die rechte Ecke gestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen, Sie können sehr genau verfolgen, wie die Zuwanderungssituation bis zum 04.09.2015 war. Ich bin diese Woche in einer größeren Fernsehsendung, dann werde ich die Grafik einmal öffentlich zeigen. Sehen Sie sich an, was seit dem

04.09.2015 stattgefunden hat. Betrachten Sie die Zugangszahlen bis zum 04.09.2015 und seit dem 04.09.2015. Deshalb haben öffentliche Äußerungen schon Wirkung. Meine Bitte ist, dass wir uns nicht einer Meinungsdiktatur unterwerfen. Ich gebe Ihnen auch recht, dass man mit der Sprache sorgsam und verantwortungsbewusst umgehen muss. Sehr sorgsam, sehr verantwortungsbewusst!

Meine Damen und Herren, das enthebt uns aber nicht der Verpflichtung und der Verantwortung, dass wir in der Sache wirksam und konsequent vorgehen, und zwar in der Weise, wie ich das gerade geschildert habe. Wenn wir die Sorgen und die Probleme der Menschen nicht aufgreifen und lösen – mit den üblichen Parolen kommt man da nicht weiter -, dann wird das ein riesiges gesellschaftspolitisches Problem für unser Land, das durchaus geeignet sein kann, die Stabilität unseres Landes zu gefährden. Das kann ich aber dem, der eine Botschaft überbringt und sagt, was ihn besorgt macht, nicht vorwerfen. Wir müssen auch darüber nachdenken, dass die Politik zu gewissen Entwicklungen in unserer Gesellschaft führt, und zwar auch im demokratischen Teil unserer Gesellschaft. Wenn eine Politik zu gewissen Entwicklungen in unserer Bevölkerung führt, und zwar in der demokratisch verfassten Bevölkerung - nicht bei Pegida oder solchen Gruppen -, dann hat jede Regierung, die Bundesregierung ebenso wie die Bayerische Staatsregierung, die Pflicht, darauf zu reagieren. Wenn sich das Volk oder große Teile des Volkes nicht mehr vertreten fühlen, dann ist nicht derjenige, der auf diesen Umstand hinweist, die Ursache der Entwicklung. Da muss sich vielmehr eine Regierung darauf besinnen, ihre Politik so zu gestalten, dass diese ausbalanciert ist und alle Interessen, Sorgen und Probleme aufnimmt. Darauf kommt es mir an, deshalb mein Angebot an die Opposition.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Wir fahren in der Debatte fort. Ich darf den Verantwortlichen der Fraktionen sagen, die neuen Redezeiten sehen Sie auf Ihrem Display. Jetzt hat sich Herr Kollege Rinderspacher gemeldet.

Anschließend kommt dann Frau Kollegin Bause. Bitte schön, Herr Kollege Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Werte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, zunächst möchte ich mich auch seitens meiner Fraktion sehr herzlich dafür bedanken, dass es uns heute offensichtlich gelingt, mit großer Ernsthaftigkeit über die Flüchtlingspolitik in Bayern und in Deutschland zu reden. Das war vor der Sommerpause nicht immer der Fall. Es gab auch die eine oder andere Einlassung, die durchaus emotional war. Wenn wir das heute mit kühlerem Kopf machen, dann steht das dem Hohen Hause gut an.

Sie haben heute auch anders gesprochen, als das noch vor zwei Wochen in der Pressekonferenz hörbar war. Da war nämlich von Notmaßnahmen und von Notwehr die Rede und davon, dass Bayern gewissermaßen im Alleingang Notmaßnahmen ergreifen muss, um sich gegen die Untätigkeit des Bundes und Europas zur Wehr zu setzen. Es war von einer Verfassungsklage des Freistaats Bayern gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesregierung die Rede.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das bleibt alles!)

Das klang heute alles ganz anders. Ich habe den Eindruck, die Drohkulisse, die Sie aufgebaut haben, ist heute völlig in sich zusammengebrochen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Jetzt hört aber auf! – Weitere Zurufe von der CSU – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

- Selbstverständlich, und das möchte ich jetzt kurz ausführen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass Sie heute auch Handlungswirksamkeit in Ihrem Kabinett eingefordert haben. Offensichtlich hat Sie der Artikel der "BILD-Zeitung" vom vergangenen Samstag außerordentlich geärgert.Sie erinnern sich: Da war Horst Seehofer auf Seite 2 der "BILD-Zeitung" groß zu sehen. Die Überschrift hieß "Große Klappe, nix dahinter?". Da war genau die Rede von Ihrem Punkt eins, dass nämlich der Freistaat Bayern auch im

Bundesländervergleich bei den Rückführungen ganz gewiss nicht so gut dasteht, wie dies mitunter öffentlich formuliert wird. Damit meine ich "so gut" aus Ihrer Perspektive. Sie sagten heute, es müsste eigentlich 14.000 Rückführungen geben. Es hat bislang nur 2.500 Rückführungen gegeben. Dass Sie hier im Hohen Haus heute öffentlich Ihren Innenminister so hart an die Kandare nehmen, ist durchaus etwas Neues und zum Teil als Selbstkritik zu verstehen. Zumindest war dies heute unüberhörbar.

Sie haben über verschiedene Punkte gesprochen, so von Verteilmechanismen in Europa. Da kann man Ihnen nur vollumfänglich zustimmen. Es kann nicht sein, dass nur drei, vier, fünf oder sechs Länder in Europa ihre Verantwortung in der Flüchtlingspolitik wahrnehmen und andere sich völlig aus der Verantwortung stehlen. Wir brauchen hier als Bundesrepublik Deutschland eine einheitliche Haltung. Wir müssen die Bundeskanzlerin stärken, wenn sie solche Gespräche wie jetzt in der Türkei oder beim EU-Gipfel führt. Zur Organisation dieser Solidarität brauchen wir Einheitlichkeit in der Bundesregierung. Wir dürfen die Position Deutschlands nicht schwächen.

Sie haben heute wahrscheinlich auch deshalb sieben Punkte zur Flüchtlingspolitik zur Aussprache gebracht, um ein Stück weit von dem Hauptthema, das heute hier diskutiert werden sollte, von den Transitzonen, abzulenken; denn tatsächlich hatten Ihr Fraktionsvorsitzender und Ihr Innenminister zuletzt den Eindruck erweckt, die Transitzonen wären dazu geeignet, die Flüchtlingsbewegung nach Bayern wirksam einzudämmen. Heute klang der Innenminister schon ganz anders: Viele der Flüchtlinge würden selbstverständlich in das normale Asylverfahren weitergeleitet; es werde wahrscheinlich auch künftig Sonderzüge von Bayern in andere Bundesländer geben, möglicherweise sogar mit unregistrierten Flüchtlingen, wie das auch gegenwärtig der Fall ist. Das klang heute alles gar nicht mehr zwingend nach den Transitzonen, Herr Innenminister,

(Zurufe von der CSU: Doch!)

sondern nach dem, was längst, am 24. September, vereinbart worden ist, nämlich nach Warte- und Registrierungszentren. Tatsächlich sind die vielen Fragen unseres Antrags offengeblieben.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Sie könnten auch mal zuhören! – Petra Guttenberger (CSU): Wenn er nicht aufpasst, ist das nicht unser Problem! – Weitere Zurufe von der CSU)

- Sie können gerne noch das Wort ergreifen. Ich glaube, Sie haben noch Zeit. Diese Fragen sind tatsächlich offengeblieben. Wie wollen Sie die Transitzonen organisieren?

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Eine halbe Stunde geredet!)

Wer für sich in Anspruch nimmt, die Lösung zu haben, und auf einem Parteikongress in Erding und an anderer Stelle sagt, wir haben die Lösung und finden es bedauerlich, dass die in Berlin nicht mitwirken wollen, soll diese Lösung heute erklären. Diese Erklärung sind Sie, Herr Innenminister, und auch Sie, Herr Ministerpräsident, heute ein Stück weit schuldig geblieben. Aber wir sind selbstverständlich gern dazu bereit und greifen Ihr Gesprächsangebot auf, auch über Fraktionsgrenzen hinweg im Innenausschuss oder an anderer Stelle über diese Fragen zu diskutieren. Ich fürchte nur, wir sind nicht weitergekommen, weil Sie heute nicht gesagt haben, worum es Ihnen eigentlich wirklich geht. In einem Punkt muss man Ihnen widersprechen. Sie sagten, Dublin III - -.

(Unruhe bei der CSU)

– Beruhigen Sie sich doch, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das werden Sie wohl noch ertragen. Wir haben auch zugehört, als Ihr Minister und Ihr Ministerpräsident gesprochen haben.

(Zurufe von der CSU)

- Jetzt hören Sie doch auf mit diesem Theater! Wir hatten doch eine ganz gute Debatte. Da werden Sie es wohl ertragen, wenn es ein Stück weit Widerspruch gibt, Herr Kollege Herrmann.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie starten ständig Angriff und reden von guter Debatte, Herr Rinderspacher! Das ist doch die Wahrheit!)

- Nein, hören Sie zu. Das ist doch kein Angriff, wenn ich hier feststelle, dass die 18 Fragen der Opposition, der SPD, hier heute unbeantwortet geblieben sind. Sie müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass ich das hier für diese SPD-Fraktion so feststellen darf.

(Beifall bei der SPD)

Da hilft auch keine Aufregung. Es gibt einen grundlegenden Dissens. Sie sagen, wir müssen zu Dublin III zurück. Das sieht die SPD durchaus anders. Sie sagen, die Hotspots an der Außengrenze in Griechenland und Italien wären eigentlich der Wiedereinstieg in Dublin III. Aus unserer Sicht ist das Gegenteil richtig. Diese Hotspots sind als Einstieg in den europäischen Verteilmechanismus geschaffen worden, weil die Flüchtlinge aus diesen Hotspots heraus auf die 28 Mitgliedstaaten Europas verteilt werden sollen. Das hat mit Dublin III überhaupt nichts zu tun. Bei Dublin III müssten die Flüchtlinge in Griechenland oder in Italien bleiben. Aber für das neue Modell, für das auch die Kanzlerin in Europa wirbt, brauchen wir in der Koalition Einigkeit.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das wir noch nicht haben!)

- Aber es geht doch jetzt darum, darauf hinzuwirken und nicht so zu tun, als könnte man zurück in ein Zeitalter, das de facto nicht mehr existiert, im Übrigen auch hier in Bayern nicht.

(Beifall bei der SPD)

Sie sprechen davon, der Rechtsstaat müsse sich durchsetzen, und alles müsse sein Recht und seine Ordnung haben. Der Freistaat Bayern leitet Züge mit nicht registrierten Flüchtlingen von der bayerischen Grenze in die anderen Bundesländer durch. Das hat mit Dublin III überhaupt nichts zu tun, sondern ist schlicht und ergreifend die momentane Realität, weil es offenbar nicht anders geht. Man muss ein Stück weit in Frage stellen können, dass diejenigen permanent Recht und Ordnung einfordern, die selbst in ihrem eigenen Bundesland offensichtlich ganz anders handeln, wie auch die "BILD-Zeitung" am Samstag geschrieben hatte.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Was wollen Sie eigentlich? Sind Sie ein bayerischer Politiker? Ich verstehe überhaupt nicht, was Sie wollen! – Ministerpräsident Horst Seehofer: Wollen Sie jetzt, oder wollen Sie nicht? Das ist die Frage!)

- Wollen Sie Transitzonen, oder wollen Sie nicht? Darauf wollen Sie das jetzt wieder reduzieren!

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Wollen Sie jetzt eine gemeinsame Lösung oder nicht? – Zurufe von der CSU)

- Wir wollen eine gemeinsame Lösung. Herr Ministerpräsident, Sie haben sich eben schon das Recht herausgenommen, gewisse Schwierigkeiten, zum Beispiel mit der Türkei, anzusprechen: Da sind wir auf einer Linie. Ich sehe das auch mit großer Sorge, dass plötzlich die Türkei, die zuletzt wirklich nicht als Rechtsstaat Nummer eins in dieser Region bekannt war und beim Kurdenthema offene Fragen hat, plötzlich als sicheres Herkunftsland deklariert werden muss.

(Zurufe von der CSU)

- Wie bitte? Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Ich merke schon, Sie mögen es einfach nicht, dass nach Ihrem Ministerpräsidenten noch jemand das Wort ergreift und ein paar neuralgische Punkte aufgreift. Das ist aber in Ordnung.

(Beifall bei der SPD – Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Es kommt auf die Qualität an!)

Ich wollte die Gelegenheit nutzen, mich für die Ernsthaftigkeit in der Debatte zu bedanken, und wollte noch einmal deutlich machen,

(Unruhe bei der CSU – Glocke der Präsidentin)

wo es durchaus ein gutes Einvernehmen zwischen Ihrer Partei und meiner Partei geben könnte; denn eines ist klar, das sage ich in der dritten Plenardebatte in Folge: Wir sehen die angespannte Situation bei uns im Freistaat. Kein anderes Bundesland trägt mehr Lasten als wir in Bayern. Das ist ein Fakt. Es ist klar, dass die anderen Bundesländer ihrer Verantwortung nach dem Königsteiner Schlüssel gerecht werden müssen. Es ist klar, dass wir innerbayerische Solidarität benötigen. Bisher hat ein Drittel der bayerischen Gemeinden noch keinen einzigen Flüchtling aufgenommen. Auch das gehört zu unserer Aufgabe, auf diesem Gebiet ein Stück weit mehr Solidarität zu organisieren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Darum muss es jetzt gehen.

Deshalb greifen wir Ihr Gesprächsangebot sehr gerne auf mit den Maßgaben, die wir als SPD mitgeben. In aller Ernsthaftigkeit sollten wir doch dazu in der Lage sein, ein Stück weit mehr Problemlösung gemeinsam zu erarbeiten; denn eines möchte ich noch einmal feststellen. Wie gesagt, ich formuliere das bereits in der dritten Plenarsitzung in Folge: Wir haben die Notwendigkeit, die Flüchtlingsbewegung nach Bayern und nach Deutschland zu ordnen, zu verlangsamen und perspektivisch zu verringern. Das muss unser gemeinsames Interesse sein. Das sagen wir aus einer empathischen Grundhaltung den Flüchtlingen gegenüber, aus einer solidarischen Grundhaltung heraus, aber auch mit der Überzeugung und dem historischen Wissen, dass gelingende Integration nur dann funktionieren kann, wenn unser Staat und die Organisationen, die mit Integration zu tun haben, nicht überfordert sind. Vor diesem Hintergrund sollte eigentlich ein Stück weit mehr Gemeinsamkeit möglich sein. Unsere Fraktion ist auf jeden Fall zu guten Gesprächen bereit, unabhängig davon, ob wir dann sofort zu den

Lösungen kommen, die Sie stets propagieren. Deshalb noch einmal ein herzliches Dankeschön für die Ernsthaftigkeit in der heutigen Debatte!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat Frau Kollegin Bause das Wort. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Margarete Bause (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident! Auch wir nehmen die Einladung zum Gespräch gern an. Ich habe hier schon vor der Sommerpause ein Bündnis für Menschlichkeit angemahnt. Wenn wir das jetzt unter dem Eindruck der großen Herausforderung zusammen hinbekommen, würde mich das sehr freuen. Wir begrüßen es, wenn wir ernsthaft und an rechtsstaatlichen Grundsätzen orientiert gemeinsam nach Lösungen suchen und wenn wir, durchaus auch kritisch, diskutieren und schauen, wo wir gemeinsam handeln und wo wir Unterschiede haben.Ich hätte mich gefreut, wenn uns das beim letzten Asylgipfel schon gelungen wäre. Wir hatten kritisiert, dass Sie uns nicht eingeladen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, es wäre beim nächsten Asylgipfel an der Zeit, Ihr Angebot wahrzumachen und alle gesellschaftlichen Kräfte dazu einzuladen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vorhin haben Sie gesagt, man dürfe Probleme nicht verschweigen. – Selbstverständlich, in diesem Punkt gebe ich Ihnen völlig recht. Es gibt kein Thema, über das im Moment überall, sei es im privaten Bereich, im Freundeskreis, bei der Arbeit, in politischen Parteien und in Organisationen, so intensiv geredet wird wie über die Flüchtlingspolitik – egal, wo Sie hinkommen. Das wird Ihnen so gehen, und es geht mir so. Bei welcher Organisation und bei welchem Verband Sie auch immer sind, nach drei Sätzen kommt sofort das Thema Flüchtlingspolitik auf und was die jeweilige Organisation oder der jeweilige Verband dazu beitragen kann. Letzte Woche hatten wir

einen Parlamentarischen Abend der Hochschule Bayern. Wir waren sofort beim Thema Flüchtlinge und haben besprochen, wie diese in die Hochschulen integriert werden können. Überall ist dieses Thema auf der Tagesordnung und präsent. Deswegen kann doch keine Rede davon sein, irgendetwas solle verschwiegen werden.

Aber es ist auch wichtig, wie wir darüber reden. In allen meinen Reden habe ich deutlich gemacht, dass es um Menschen geht, die zu uns kommen. Das sind keine Nummern und keine anonymen Massen. Jeder Einzelne, der hierher kommt, bringt ein Schicksal mit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, auch das ist wichtig in dieser Debatte. Wir alle miteinander müssen klare Kante gegen Rechts zeigen. Mittlerweile herrscht überall großes Erschrecken darüber, was aus Pegida geworden ist. Am Anfang gab es durchaus noch Versuche, Pegida als eine Bewegung besorgter Bürger zu sehen. Es hat Streit darüber gegeben, ob man mit denen reden soll oder nicht. Gestern stellt sich der Bundesinnenminister hin und sagt: Das sind Rechtsradikale, die das Ganze organisieren. So, wie die sich verhalten, sind das Rechtsradikale. Dagegen braucht es eine klare Ansage und eine klare Kante.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie bieten uns das Gespräch an und fordern immer wieder eine ernsthafte Debatte ein. Sie selber machen auch Vorschläge und Gesprächsangebote. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen sagen: Verzichten bitte Sie auf das Doppelspiel. Wir haben all die Wochen erlebt, dass Sie ernsthafte Gesprächsangebote machen. Am nächsten Tag lesen wir die Zeitung, wir hören Ihren Generalsekretär, wir hören im Landtag Ihren Fraktionsvorsitzenden, wir hören Herrn Söder, der sich als Nachfolger aufbaut. Dann höre ich nichts mehr von Gemeinsamkeit und Ernsthaftigkeit. Wenn Ihnen Gespräche und gemeinsame Lösungen wirklich wichtig sind, bitte ich Sie, in Ihren Reihen dafür zu sorgen, dass dieses elende Doppelspiel aufhört.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben schon mehrfach gemeinsame Gespräche angeboten. Ich bitte Sie, uns einen Gesprächsvorschlag zu machen. Laden Sie uns in den nächsten Wochen in die Staatskanzlei ein. Dann können wir das tun. Sagen Sie nicht nur, dass wir mehr miteinander reden sollten. Sie wissen, wie das in den Ausschüssen ist. Ich glaube, wir brauchen ein anderes Gesprächsformat. Das werden wir in den parlamentarischen Gremien in dieser Form nicht schaffen. Deswegen würde ich mich freuen, wenn wir in den nächsten Tagen von Ihnen ein konkretes Gesprächsangebot bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Herr Kollege Aiwanger, bitte.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema beschäftigt uns. Wir sehen, dass sich dieses Thema Tag für Tag immer mehr zuspitzt. Wie gehen wir mit dieser Zahl von Flüchtlingen um? Als FREIE WÄHLER begrüßen wir, dass man Pläne erarbeitet, die Lösungen für Einzelfälle hervorbringen. Keine Maßnahme wird für sich genommen die Lösung bringen. Das wird nur ein Bündel von Maßnahmen sein können. Vielleicht streiten wir zu viel über die Namen und über die Texte. Wenn ich den Begriff "Transitzone" höre und lese, verstehe ich das so, dass das unterm Strich nicht mehr und nicht weniger ist als eine ordentliche Kontrolle der Menschen, die über die Grenze kommen, nachdem das EU-System nicht funktioniert.

Vielleicht sollten wir auf beiden Seiten etwas abrüsten. Auf der einen Seite sollten wir nicht weiter so tun, als könnten wir damit alle Probleme lösen. Auf der anderen Seite sollten wir nicht so tun, als würden Menschenrechte mit Füßen getreten. Wenn 5.000 und mehr Menschen über die Grenze kommen, müssen wir als Bundesrepublik Deutschland in der Lage sein, diese Menschen zu registrieren. Es ist schlimm genug, dass das passiert. Es ist schlimm genug, dass sich EU-Partner nicht an geltendes Gesetz halten und diese Leute unter Umgehung von Dublin und Schengen unregistriert

weiterreisen lassen. Es ist eine Kapitulation der deutschen Politik zu sagen: Okay, dann holen wir die Menschen gleich mit Sonderzügen ab, um nicht so viel Staub aufzuwirbeln, dann merkt das keiner. Auf Dauer kann es jedoch nicht die Lösung sein zu sagen: An der Grenze schauen wir nicht genau hin, weil sich die Menschen zurückstauen würden. Dann stehen 20.000 Menschen in der Warteschlange. Lieber lassen wir sie alle durch und kontrollieren die Eintrittskarte gar nicht. Das macht kein Fußballverein bei einem Fußballspiel. Wir lassen jedoch Leute in dieser Zahl ins Land.

Meine Damen und Herren, wir gelangen immer mehr an einen Punkt, an dem sich niemand rumwinden kann. Als Bundesrepublik Deutschland müssen wir in der Lage sein zu bestimmen, wer über unsere Grenzen geht. Wenn wir das nach außen an die EU-Partner verlagern und es dort nicht funktioniert, müssen wir das Heft des Handelns wieder in die Hand bekommen. Warum? – Wir werden sonst erpressbar.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zurzeit sitzt Frau Merkel etwas hilflos auf einem türkischen Sofa und muss vieles unterschreiben, was ihr Herr Erdogan vorlegt. Er verlangt drei Milliarden Dollar oder Euro. Er will Visumsfreiheit. Er will die Wiederaufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen. Er will einen Blankoscheck erhalten, dass sein Land eine Demokratie ist. In der großen Not wird Frau Merkel vielleicht die Dokumente unterschreiben. Nach außen wird sie das nicht richtig zugeben. Im Laufe der nächsten Monate wird jedoch sichtbar werden, was man hier zusagt – öffentlich bekannt oder hinter den Kulissen. Warum muss sie das tun? – Als Deutschland haben wir den Türken bereits offenbart, dass wir politisch aufgrund der verlorenen Mehrheiten nicht mehr in der Lage sind, das durchzusetzen. Eine andere Verhandlungsposition hätte Frau Merkel, wenn sie dort hingehen und sagen könnte: Bitte macht das nicht; wenn ihr das weitermacht, sorgen wir selber für Recht und Ordnung in unserem Land. - Solange wir das nicht hinbekommen, ist alles heiße Luft. Alles wird sich noch mehr zuspitzen.

Sie als Regierung aus CDU/CSU und SPD werden in sehr naher Zukunft einen Weg finden müssen, um rechtmäßige Zustände wiederherzustellen. Das muss gar nicht vor den nächsten Wahlen sein. Der Kittel wird vorher schon so stark brennen, dass Sie Farbe bekennen müssen. Gegenüber den EU-Partnern müssen Sie wieder rechtmäßige Zustände herstellen. Wenn diese nicht willens sind, werden Sie an den Grenzen selber genauer hinschauen müssen, damit Sie wissen, wer über die Grenze geht. Ich will gar kein Szenario an die Wand malen. Man stelle sich vor, nur einer dieser Unregistrierten begeht in Deutschland eine größere Straftat. Ich will gar nicht in den Mund nehmen, was hier denkbar ist. Die Stimmung in der Bevölkerung wird explosiv sein. Die Bevölkerung wird die Regierenden verantwortlich machen. Sie müssen wissen, wer sich im Land aufhält.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Susann Biedefeld (SPD): Brandstifter!)

Die Bürgermeister draußen sagen uns, dass die Leute auf dem Weg zur Erstregistrierung verschwinden. Bei uns befinden sich Zehntausende im Land, die nicht bekannt sind.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin! Bitte überlegen Sie sich noch einmal, was Sie gesagt haben. Nachher unterhalten wir uns beide darüber.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir werden als Regierende von der Bevölkerung gefragt werden: Warum habt ihr dort zugesehen? Warum habt ihr den Bruch dieses Rechts akzeptiert? Sie sind in der Bundesregierung. Sie müssen jetzt Antworten liefern. Und noch einmal: Sie müssen Recht und Ordnung wiederherstellen, sonst sind wir international erpressbar. Im Land wird die Unruhe weiter zunehmen, und der politische Handlungsdruck steigt ins Unermessliche. Wenn wir jetzt keine Lösungen finden – ich will nicht sagen: Gnade uns Gott –, wird sich sehr vieles deutlich verschärfen, was wir heute nur in Ansätzen erkennen. Ich will gar keine Angst machen. Das ist die Situation. Wir müssen wieder Herr des Verfahrens werden. Das sind wir derzeit nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Herr Kollege Kreuzer, bitte.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr dafür, über solche Fragen zu reden, will aber schon – erstens - eingangs sagen, dass wir das schon seit langer Zeit versuchen, hier aber heftigste Auseinandersetzungen gehabt haben, bis wir letzte Woche einigermaßen zu den Vorschlägen aus Berlin gekommen sind, wie wir den Zugang von Menschen ohne Bleibeperspektive begrenzen können. Dies hat ewig lang gedauert. Wer dies vor einem Jahr gefordert hat, ist massiv angegriffen worden. Deswegen haben wir beispielsweise aus den Balkanstaaten diesen massiven Zugang gehabt.

Zweitens sage ich, dass dieses Land in einer Situation ist, in der wir nicht mehr ewig lang reden können. Das ist auch ganz deutlich zu sagen. Wir müssen in allererster Linie über die Begrenzung des Zugangs von Migranten in dieses Land reden.

(Beifall bei der CSU)

Wer glaubt, das Problem durch die Beschleunigung von Verfahren in diesem Land oder durch eine Erhöhung der Integrationsmaßnahmen einigermaßen in den Griff zu bekommen, wenn die Begrenzung nicht gelingt, wird daran krachend scheitern. Wir haben erlebt, dass das BAMF seine Mitarbeiterzahl verdoppelt hat, dass sich aber die Zahl der Flüchtlinge oder der Menschen, die hierher kommen, wahrscheinlich versiebenfachen wird. Wenn dies so weitergeht, werden wir diese Situation mit Verwaltungsmaßnahmen oder auch mit mehr Lehrern und mehr Sozialarbeitern niemals in den Griff bekommen können. Darüber müssen wir ernsthaft reden.

Herr Rinderspacher, ich habe Ihnen bei der letzten Debatte gesagt, mir ist es nicht klar, ob Sie überhaupt der Auffassung sind, dass es zu viele sind, die zu uns kommen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Doch, das habe ich laut und deutlich gesagt!)

- Das haben Sie nicht laut und deutlich gesagt. Heute habe ich es herausgehört, dass Sie sich darüber insgesamt auch Sorgen machen.

Jetzt müssen wir doch einmal analysieren, warum die Zahlen derart ansteigen. Die Zahl der Flüchtlinge aus dem Balkan ist deswegen angestiegen, weil es aufgrund dieser Zahl erst möglich geworden ist, dass die Menschen über lange Zeit bei uns bleiben konnten, Geldleistungen erhalten haben und der Aufenthalt für sie interessant geworden ist, obwohl sie eigentlich wussten, dass sie hier gar nicht bleiben können, wenn sie aus Serbien kommen.

Wenden wir uns einmal den Bürgerkriegsflüchtlingen zu. Warum ist die Zahl der Bürgerkriegsflüchtlinge gerade in den letzten Monaten explodiert? Eigentlich hat sich in den Bürgerkriegsländern, abgesehen von der russischen Intervention, die erst vor Kurzem begonnen hat, innerhalb des letzten Jahres nichts großartig verändert. Die Situation insgesamt war für die Menschen im Land sehr schwierig. Es gab neun Millionen Binnenflüchtlinge und sechs Millionen Flüchtlinge in den Lagern darum herum, und dies seit Jahren. Eine aktuelle Änderung der Situation, zum Beispiel der Ausbruch eines neuen Bürgerkriegs oder so etwas, war nicht der Auslöser für diese stark steigenden Zahlen. Verantwortlich für diese stark steigenden Zahlen war im Endeffekt die Tatsache, dass in Europa Rechtlosigkeit eingekehrt ist.

(Christine Kamm (GRÜNE): Nein, die fürchterlichen Bombardements!)

Die Menschen sind hierher gekommen und sind eben nicht in den Ausgangsländern registriert, verbeschieden und wieder zurückgeführt worden. Entgegen den europäischen Bestimmungen, wie zum Beispiel Dublin III, konnten sich die Menschen nach einer gewissen Zeit ungehindert in Europa bewegen.

(Beifall bei der CSU – Christine Kamm (GRÜNE): Nein, das ist nicht wahr!)

Dies spricht sich in der heutigen Zeit natürlich herum. Deswegen haben die Menschen gemerkt, dass diese Fluchtbewegung erfolgreich ist, dass Hunderttausende, ja Millio-

nen kommen können, und es haben sich immer mehr auf den Weg gemacht. Die Flüchtlingszahlen sind also deswegen so groß, weil die Flucht in die Zielländer, in die sie wollen, erfolgreich ist.

Ich bin dafür, mit Herrn Erdogan zu sprechen. Ich bin aber nicht der Auffassung, dass eine Änderung der Flüchtlingspolitik in der Türkei diese Zahlen herbeigeführt hat. Bisher sind die Menschen in den Flüchtlingslagern dort geblieben. Jetzt bleiben sie nicht mehr dort und machen sich auf den Weg zur Küste. Sie sind von niemandem geschickt worden, sondern sie gehen los, weil sich mittlerweile große Schlepperorganisationen mit einem Milliardenaufkommen gegründet haben. Wir erwarten jetzt von Herrn Erdogan eigentlich, dass er die Menschen an der Ausreise hindert, was er bisher nicht getan hat. Das musste er auch gar nicht, weil in dieser großen Zahl gar keine Menschen von der Türkei nach Griechenland ausreisen wollten. Deswegen wird es schwierig werden, sich auf die Türkei zu verlassen. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass die Türkei die Menschen, die sich vom Flüchtlingslager auf den Weg zur Küste machen, erfolgreich und effektiv daran hindern wird, dass sie nach Griechenland und somit nach Europa kommen. Dies wird schwierig werden. Wir müssen zu eigenen Maßnahmen greifen, die diese Migrationsbewegung zumindest deutlich abschwächen.

Deshalb halte ich die Maßnahmen, die der Ministerpräsident angesprochen hat, allesamt für richtig. Ich sage auch: Ich halte eine Änderung des europäischen Rechts, wonach nicht jeder Mensch, der aus einem Bürgerkriegsland kommt, einen Rechtsanspruch auf Zugang nach Europa hat, für unbedingt notwendig. Sonst nützen Ihnen auch die Hotspots insgesamt nichts, weil Sie den Zugang uneingeschränkt gewähren müssen, wenn sich der Flüchtling darauf beruft, dass er aus einem Bürgerkriegsland kommt. Der richtige Weg ist es, die Menschen vor Ort darin zu unterstützen, dass sie in den Nachbarländern als Bürgerkriegsflüchtlinge aufgenommen werden. Ich schicke dies noch einmal voraus; denn es hat überhaupt keinen Wert, Hotspots einzurichten,

wenn diejenigen, die dorthin kommen, alle einen Anspruch auf Zugang nach Europa haben.

Herr Rinderspacher, verlassen wir uns auch besser nicht darauf, dass Europa diese Flüchtlinge gleichmäßig aufnimmt. Wir haben 120.000 mit großen Mühen verteilen können. Ich glaube nicht, dass sich in Europa für Millionen eine Mehrheit finden wird. Ich sage dies einmal so ganz klar, weil die Länder ihre Probleme mit der Aufnahme haben, und zwar nicht nur die Ostländer. Den Menschen zu sagen, wir hätten das Problem gelöst, wenn wir die Flüchtlinge in Europa gleichmäßig verteilen, ist erstens unrealistisch und zweitens für Gesamteuropa nicht gut, wenn man die Zahlen betrachtet. Wer glaubt, dass er bei neun Millionen in Syrien auf der Binnenflucht und bei sechs Millionen in den Flüchtlingslagern in den nächsten Jahren fünf bis sechs Millionen in Europa verteilen kann, wird bei den Verhandlungen keinen Erfolg haben. Deswegen gibt es nur eine Möglichkeit: Europa muss seine Außengrenzen sichern und die Menschen wieder zurückführen. Wir dürfen sie nicht in Kriegsgebiete zurückführen, sondern müssen sie in sichere Drittstaaten zurückführen. Europa muss helfen, dass sie dort auch versorgt werden. Hier ist von der Weltgemeinschaft meines Erachtens viel zu wenig getan worden. In Kriegszeiten ganze Völker auf andere Kontinente zu übersiedeln, war noch nie der Weg von Kriegsflüchtlingspolitik, und das kann es auch in Zukunft nicht sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt sagen Sie, wir werden die Leute in den Hotspots aufnehmen und dann nach Europa verteilen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist die Idee!)

- Die Idee ist aber insofern schwierig, als Dublin III gilt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das haben Sie doch abgeschafft!)

- Es gilt Dublin III, um es Ihnen klipp und klar zu sagen. Wenn die Staaten diese Aufnahme nicht wollen, werden sie die Flüchtlinge nicht einfach irgendwohin verteilen können. Im Übrigen ist es auch der Sinn der Hotspots, diejenigen, die kein Zugangsrecht haben, von dort wieder zurückzuführen. Das dürfen wir nicht vergessen: Es ist der erste Sinn der Hotspots, dass diejenigen, die kein Zugangsrecht haben, von dort wieder zurückgeführt werden. Wir brauchen also eine Änderung des europäischen Rechts inklusive der Sicherung der Außengrenzen, um das Problem an den Hotspots in den Griff zu bekommen.

Diese ganze Angelegenheit wird aber einige Zeit in Anspruch nehmen. Diese Maßnahme kann nicht in einem Monat oder zwei Monaten wirken. Wir wissen, in welchem Tempo in der Europäischen Union bei diesen schwierigen Fragen zwischen so vielen Staaten gehandelt wird. Deswegen halte ich es auch für richtig, dass wir diese Transitzonen einführen. Damit sind wir in der Lage, Menschen, deren Anträge offensichtlich unbegründet sind, und Menschen, die kein Bleiberecht haben, sofort zu verbescheiden und sie wieder zurückzuführen.

Herr Rinderspacher, das ist nicht anders als bei den Hotspots. Wenn die Transitzonen nicht funktionieren, dann funktionieren die Hotspots auch nicht, oder wie stellen Sie sich das in Griechenland vor? - Dort müssen sie die Leute im Moment ebenfalls festhalten, um zu klären, ob sie ein Zugangsrecht haben. Da kommen dann 10.000 Leute am Tag, auf ganz Griechenland verteilt. Also, wenn Transitzonen nicht gehen, gehen Hotspots auch nicht. Dann können wir die ganze Angelegenheit gleich vergessen. Meine Damen und Herren, dies wollen wir nicht.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen sage ich Ihnen: Wir müssen alle diese Maßnahmen parallel ergreifen mit der Zielsetzung, dass das Problem am Ende wieder an der Außengrenze gelöst wird. Wir wollen Grenz- und Transitzonen nach Österreich schließlich nicht auf Dauer einrichten. Daran kann niemand interessiert sein. Bis das Problem gelöst ist, müssen wir

aber auch an unseren Grenzen entsprechend handeln. Ich bitte Sie, daran mitzuwirken; denn ich sage Ihnen und den GRÜNEN eines ganz klar: Ich habe von Ihnen überhaupt keine Vorschläge gehört. Nur zu sagen, die Verfahren im Inland, bei 10.000 Zugängen am Tag, müssten schneller abgewickelt werden, reicht nicht aus. Zu behaupten, wir könnten dies bei einem Zustrom von 10.000 Menschen am Tag durch eine entsprechende Rückführung schaffen, die ich im Prinzip sehr begrüße, ist unrealistisch. Gehen wir einmal davon aus, dass 60 % dieser Zugänge keine Berechtigung haben. Sie müssten dann an einem Tag 6.000 Flüchtlinge zurückführen, nur um den gleichen Stand zu halten. Das ist doch alles vollkommen unrealistisch.

Deswegen sage ich Ihnen, dass Sie an der Lösung mitwirken müssen. Die Einzigen, die hier meines Erachtens in der Realität sind, sind die FREIEN WÄHLER. Die SPD und die GRÜNEN müssen bei der Beschränkung der Zugangszahlen mitwirken, damit wir die anderen Probleme lösen können. Sie sagen: Transitzonen sind nicht gut. Sie sagen: Wir brauchen auf europäischer Ebene bei den Bürgerkriegsflüchtlingen keine Rechtsänderung. Herr Rinderspacher und Frau Bause, ich akzeptiere dies. Ich akzeptiere dies aber nur, wenn Sie Gegenvorschläge machen, die besser sind.

(Beifall bei der CSU)

Ich werde es unter keinen Umständen akzeptieren, dass wir heute hier auseinandergehen und uns alle freundlich sagen: Wir werden darüber reden. Und in einem halben Jahr reden wir immer noch. Dies wäre dieser Problematik nicht angemessen. In diesem Fall würde das eintreten, was wir alle nicht wollen: Die Menschen werden Angst bekommen. Die Menschen werden der Auffassung sein, dass die Politik, die etablierten Parteien, diese Problematik nicht lösen können. Dann werden sich die Menschen aus reiner Verzweiflung überlegen, wie sie diese Entwicklung, die sie nicht wollen, stoppen können.

Hier liegt unsere Verantwortung. Wir dürfen nicht schön daherreden. Wir dürfen nicht sagen: Wir besprechen alles. Wir dürfen nicht alles ablehnen. Es bringt nichts, selber

keinen Vorschlag zu machen. Jetzt gilt es, dazu beizutragen, dass wir endlich handeln können. Handeln kann nur bedeuten, eine deutliche Zugangsbegrenzung in unserem Land zu erreichen. Sonst können wir diese ganzen Probleme nicht lösen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Kollege Pfaffmann noch einmal ums Wort gebeten.

(Zuruf von der CSU: Für eine Zwischenbemerkung?)

- Nein, er hat ums Wort gebeten. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich war ich guter Dinge, dass wir in der so schwierigen Frage der Flüchtlingspolitik eine gemeinsame Linie finden könnten. Lieber Herr Kreuzer, Sie haben das leider wieder teilweise zunichte gemacht, weil Sie das von der Fraktionsvorsitzenden Margarete Bause kritisierte Doppelspiel fortgeführt haben.

(Beifall bei der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Herr Pfaffmann, es ist immer die gleiche Platte, die Sie auflegen!)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie es ernsthaft wünschen, dass wir zu einer gemeinsamen Lösung finden – wir sind dazu bereit -, dann müssen solche Wortmeldungen und Vorwürfe unterbleiben.

Ich möchte noch zwei bis drei Punkte zur Sache sagen. Sie reden immer von einer Begrenzung der Flüchtlingszahlen. Ja, darüber kann man reden. Die Frage lautet nicht, Flüchtlingszahlen begrenzen, ja oder nein, sondern sie lautet, wie wir Flüchtlingszahlen begrenzen können. Das ist doch die Frage.

(Jürgen W. Heike (CSU): Richtig!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es gelingt, diese Frage unter rechtsstaatlichen und humanitären Gesichtspunkten zu beantworten, sind wir dabei. Das möchte ich hier einmal feststellen. Lassen Sie uns darüber reden. Sie haben das ja vorgeschlagen.

Ein zweiter Punkt. Herr Ministerpräsident, Sie haben über Dublin gesprochen. Auch Herr Kreuzer hat über das Dublin-Verfahren gesprochen. Jetzt geht es nicht mehr um die Frage, ob wir wieder zum Dublin-Verfahren zurückkehren sollten. Es geht vielmehr um die Frage, ob Dublin gescheitert ist oder nicht. Ich glaube, das Dublin-Verfahren ist gescheitert. Wir brauchen ein neues System, das die europäische Solidarität und die einseitige Belastung der europäischen Länder mit Außengrenzen berücksichtigt. Darüber müssen wir reden.

Wir können nicht einfach sagen, das Dublin-Verfahren und die Hotspots funktionierten. Es ist ein Unterschied, ob die Hauptlast der europäischen Solidarität auf einer griechischen Insel anlandet, oder ob wir gemeinsam versuchen, ein neues Verteilsystem in die Debatte zu bringen. Auch das gehört zur Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Wir machen es uns zu einfach, wenn wir sagen: Zurück zu Dublin! Sie wissen doch ganz genau, dass das Dublin-Verfahren in sich eine ungerechte und unsolidarische Angelegenheit ist. Das hat sich erwiesen. Ich möchte auch nicht, dass Deutschland die Lasten alleine tragen muss. Das haben wir schon deutlich gemacht. Aber die Rückkehr zum Dublin-Verfahren ist nicht die Lösung. Die Lösung ist ein neues europäisches Asylsystem. Darüber müssen wir nachdenken.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vieles, worüber gesprochen wurde, hat einen Hintergrund, nämlich die Frage der Organisation. Sobald die politische Frage gelöst ist, wird

die Frage der Organisation ganz entscheidend werden. Diese Frage der Organisation kommt mir in der Debatte zu kurz.

Herr Ministerpräsident, ich möchte es einfach sagen dürfen: Ich glaube, dass wir in unserem Lande bislang zu wenige Migrations- und Integrationsmaßnahmen realisiert haben. Auch darauf ist der von der Bevölkerung artikulierte Unmut zum Teil zurückzuführen. Das möchte ich hier sagen dürfen. Wenn ich das nicht sagen darf, weil das sonst überall zu Unmut führt, ist eine konsensuale Debatte nicht möglich. Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau diese fordere ich aber ein.

Noch einmal der Versuch: Wir greifen das, was der Ministerpräsident gesagt hat, auf. Wir wollen auch in unserem wunderschönen Bayern einen überparteilichen Konsens in der Frage erreichen, wie wir mit der Flüchtlingspolitik umgehen. Wenn es bei dieser Konsensdiskussion nicht zu Unmutsäußerungen kommt, wenn jemand eine andere Meinung vertritt, dann sind wir dabei. In diesem Falle glaube ich, dass wir auch zu einer konstruktiven Lösung in Bayern beitragen können.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Ich darf noch einmal das Wort dem Herrn Ministerpräsidenten erteilen. Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Zur Klarstellung möchte ich einiges festhalten und zusammenfassen: Ich denke, das Problem besteht nicht darin, über Humanität, Solidarität und Integration zu einem Konsens zu kommen. Bei diesen Themen haben wir eine hohe Übereinstimmung. Ich kenne hier im Hause niemanden, der diese Grundausrüstung Bayerns infrage stellen würde.

Ich habe schon in meinem ersten Beitrag gesagt, dass es mir jetzt darauf ankommt, dass wir zum Gelingen der Solidarität und der Integration wirksame und rechtsstaatlich einwandfreie Maßnahmen zur Zuwanderungsbegrenzung brauchen. Nichts anderes hat Thomas Kreuzer in seiner Rede verdeutlicht.Das ist unsere Überzeugung. So hat

er es dargestellt. Bevor er das gesagt hat, habe ich ihn ausdrücklich gebeten, das deutlich darzustellen; nicht, dass jemand glaubt, wir kommen zusammen, um sozusagen Unbestrittenes zu einem Konsens zu führen. Wir müssen schon über die Knackpunkte reden. Das ist der Sinn dieses Angebots. Wir brauchen nicht darüber zu diskutieren, ob jemand mehr oder weniger christlich oder human ist. Das ist die Grundausstattung dieses Parlaments, wie ich es seit acht Jahren erlebe.

Ich sage Ihnen auch: Dieses Angebot entsteht nicht aus einer Handlungsunfähigkeit der Regierung. Wir können jederzeit selbst handeln; wir sind dabei sehr geschlossen. Ich mache das Angebot aufgrund des Bewusstseins der Verantwortung für das ganze Land, weil ich jeden Tag mehr Sorgen bekomme, wohin diese Polarisierung, diese Radikalisierung und auch die gesellschaftliche Spaltung führen kann. Wir könnten einen Punkt erreichen, an dem die Lage für die demokratischen Kräfte nicht mehr ohne Weiteres steuerbar ist. Aufgrund dieser Verantwortung habe ich dieses Angebot gemacht, nicht, weil wir 101 Köpfe hier auf der rechten Seite nicht in der Lage wären, dieses Problem selbstständig zu lösen. Deshalb mache ich dieses Angebot.

Ich habe jetzt von allen Fraktionen gehört, dass die Bereitschaft besteht, über die Zuwanderungsbegrenzung zu reden. Ich habe heute sieben Punkte hier auf den Tisch gelegt. Es ist jedem unbenommen, zu den sieben Punkten noch Punkte hinzuzufügen. Das gilt sowohl für meine Fraktion als auch für alle anderen Fraktionen. Dann würden wir über neun, zehn oder elf Punkte reden; das soll nicht entscheidend sein. Ich werde dazu für die nächste Woche einladen. Der Termin soll bewusst vor dem 1. November liegen. Falls Denkpausen oder Vertiefungen notwendig sind, steht dafür Zeit zur Verfügung. Wir müssen im November hier Klarheit schaffen.

Dazu lade ich die Fraktionsvorsitzenden ein; wir machen keine UNO-Vollversammlung. Dieses erste Gespräch dient der Sondierung. Möglich wird die Sondierung, indem man die Punkte aufruft und einen Korridor der Möglichkeiten schafft. Ich habe zu früheren Zeiten in Großen Koalitionen, mit der Opposition, unter Helmut Kohl, dann in der Opposition zur Zeit der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder mit der Regierung

und mit der FDP unheimlich viele Reformen gemacht. Wenn ich mir überhaupt erlauben darf, von dieser Erfahrung zu sprechen: Man kommt dabei nur weiter, indem man die Themen aufruft und benennt, was auf keinen Fall und was möglicherweise unter welchen Bedingungen geht. Genauso exakt, zielstrebig und effizient müssen wir in diesem Gespräch vorgehen. Dafür reichen die Fraktionsvorsitzenden. Sie wissen, wie ihre Fraktionen denken. Man kann dann in manchen Punkten noch eine Rückkoppelung herbeiführen. Dann gibt es eine zweite Veranstaltung – wenn es sie denn gibt – und dann müssen wir uns darüber im Klaren sein, ob wir springen oder nicht.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Gelegentlich herrscht das Berliner Prinzip; das kann ich wirklich beurteilen. Nach diesem Prinzip würden wir uns im Januar wieder treffen. Diese Verzögerung können wir uns nicht erlauben; dafür ist die Situation zu dringend.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Das ist eine saubere Geschäftsgrundlage. Es ist offen ausgesprochen, worum es geht und wo es Grenzen gibt. Diese Grenzen sollen aber nicht bedeuten, dass ich relativiere. Uns ist ernsthaft daran gelegen, dass wir uns im Interesse der gesamten Gesellschaft Bayerns verständigen. Wie gesagt, ich lade Sie dazu für die nächste Woche ein. Wenn ein Ministerpräsident seinen Terminkalender so umstülpen kann, dass er an einem Termin auf jeden Fall teilnimmt – wir müssen dafür wohl mindestens einen halben Tag einkalkulieren –, dann sollte es auch in jeder Fraktion möglich sein, dass wir nicht eine endlose Terminsuche betreiben, sondern dass Sie sich zum Entgegenkommen bereit erklären. Vielleicht können wir zwei, drei Alternativen ins Auge fassen. Unsere Büros werden das abklären. Ich lade jedenfalls in dieser Woche für die nächste Woche ein und bitte dann um eine ernsthafte Sondierung. Wir werden in der ersten Sitzung noch nicht abschließende Beschlüsse fassen.

Das wollte ich verdeutlichen, damit wir uns völlig im Klaren darüber sind, worüber wir reden. Natürlich reden wir auch über Menschlichkeit; aber wir müssen auch über eine in absehbarer Zeit stattfindende, wirksame, rechtsstaatlich einwandfreie Zuwanderungsbegrenzung ernsthaft reden und ausloten, ob das bayerische Parlament sich über eine konsensuale Lösung verständigen kann. Ich glaube, jetzt ist die Geschäftsgrundlage klar. Sie muss jetzt auch nicht mehr bis 22.00 Uhr diskutiert werden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Ministerpräsident, vielen Dank. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/8417 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/8439 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich lasse über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/8440 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Danke schön. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.